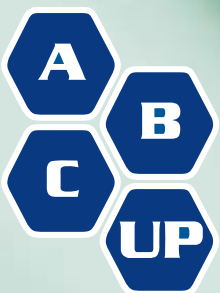


Budget und Staatshaushalt | Kapitel 3
Wie wirtschaftet ein Staat?

UNTERNEHMERFÜHRERSCHEIN



IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber:

Wirtschaftskammer Österreich, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien,

Abteilung für Bildungspolitik

Gestaltung:

willmann.design

Belichtung und Druck:

Manz Crossmedia, 1050 Wien, Stolberggasse 26

Wien, April 2004

INHALTSVERZEICHNIS

1	Budget und Staatshaushalt – wie wirtschaftet ein Staat?	8
1.1	Einleitung	8
1.2	Die Einnahmen des Staates	10
1.2.1	Steuern	10
1.2.2	Direkte und indirekte Steuern	11
1.2.3	Einkommenssteuer	13
1.2.4	Körperschafts- und Kapitalertragssteuer	15
1.2.5	Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer)	15
1.2.6	Sonstige Einnahmen des Staates	16
1.3	Finanzausgleich	17
1.4	Abgabenquote	17
1.5	Die Aufgaben des Staates	18
1.5.1	Allokationsfunktion	19
1.5.2	Verteilungsfunktion	19
1.5.3	Stabilisierungsfunktion	20
1.5.4	Staatsausgaben nach ökonomischen Gesichtspunkten	21
1.5.5	Einkommensumverteilung	21
1.5.6	Funktionale Gliederung der Staatsausgaben	24
1.6.	Das Budget	25
1.6.1	Budgetdefizit	26
1.6.2	Staatsverschuldung	28
1.6.3	Budget und EU-Konvergenzkriterien	31
1.7	Zusammenfassung	35

2	Arbeitsblätter und Lernkontrollen	37
	Arbeitsblatt 1 – Steuern und Abgaben	38
	Arbeitsblatt 2 – Budget	39
	Arbeitsblatt 3 – Konvergenzkriterien	40
	Arbeitsblatt 4 – Steuerquote	41
	Arbeitsblatt 5 – Staatsausgaben	42
	Lernkontrolle – Budget und Staatshaushalt	43
3	Weiterführende didaktische Anregungen	45
	Workshopunterricht	46
4	Tipps und Links	49
5	Folien	50
6	Lösungen	51
	Arbeitsblatt 1 – Steuern und Abgaben	51
	Arbeitsblatt 2 – Budget	52
	Arbeitsblatt 3 – Konvergenzkriterien	53
	Arbeitsblatt 4 – Steuerquote	54
	Arbeitsblatt 5 – Staatsausgaben	55
	Lernkontrolle – Budget und Staatshaushalt	56

HINWEIS:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf die Endung „-in“ bzw. „-innen“ verzichtet. Die Skripten für den Unternehmerführerschein wenden sich natürlich gleichermaßen an Frauen und Männer.

LIEBE KOLLEGIN, LIEBER KOLLEGE!

Das Kapitel **Budget und Staatshaushalt** ist auf die Bildungs- und Lehr-
aufgabe „Verständnis grundlegender Zusammenhänge in betriebs-, volks-
und weltwirtschaftlichen Bereichen sowie Kenntnis gesamtwirtschaftlicher
Gesetzmäßigkeiten, Strukturen und Probleme“ des Geografie- und Wirt-
schaftskunde-Lehrplans der AHS-Oberstufe abgestimmt.

Hinweise zum Aufbau:

Die Unterlage gliedert sich in

- Textteil,
- Arbeitsblätter,
- weiterführende didaktische Anregungen,
- Tipps und Links,
- Folien und
- Lösungen.

Das Kapitel Budget und Staatshaushalt des Moduls B des Unternehmer-
führerscheins ist für **fünf Unterrichtseinheiten** konzipiert.

LIEBE SCHÜLERIN, LIEBER SCHÜLER!

Wir freuen uns, dass Sie den Unternehmerführerschein absolvieren wollen. In diesem Kapitel werden Sie Interessantes und Wissenswertes über den Staat und seine Haushaltsführung erfahren.

Nach diesem Kapitel wissen Sie

- was man unter dem Staat versteht.
- in welchem Ausmaß der Staat in den Wirtschaftsablauf eingreift.
- welche Aufgaben der Staat in einem Land erfüllt.
- wofür der Staat seine Einnahmen ausgibt.
- welche Bedeutung die Einkommensumverteilung hat.
- was die wichtigsten staatlichen Einnahmequellen sind.
- was der Budgetkreislauf ist.
- wie es um die österreichische Staatsverschuldung bestellt ist.
- welche Auswirkungen eine hohe Staatsverschuldung hat.

Nach diesem Kapitel können Sie

- die wichtigsten Einnahmequellen des Staates nennen.
- den Unterschied zwischen direkten und indirekten Steuern erklären.
- erklären, was man unter einem Budget versteht.
- die verschiedenen Defizitarten (Brutto- und Nettodefizit, strukturelles und konjunkturelles Defizit) unterscheiden.
- die EU-Konvergenzkriterien und ihre Auswirkungen auf die Budgeterstellung diskutieren.

1 BUDGET UND STAATSHAUSHALT – WIE WIRTSCHAFTET EIN STAAT?

1.1 Einleitung

Der Staat ist allgegenwärtig. Wir begegnen ihm jeden Tag. Besonders schmerzhaft spüren wir ihn, wenn er uns etwas wegnimmt. Für die meisten Einkäufe zahlen wir Mehrwertsteuer, fürs Autofahren Mineralölsteuer, für Zinsen aufs Sparbuch Kapitalertragssteuer und für unseren Hund Hundesteuer. Ganz zu schweigen von den ganzen Abgaben, die wir für unseren Lohn zahlen müssen, wie Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer. Der Staat kann ganz schön die Hand aufhalten, vielleicht wird er deshalb auch öffentliche Hand genannt.

Aber wir begegnen dem Staat nicht nur, wenn er uns etwas wegnimmt, sondern auch, wenn er uns etwas gibt. Familien kriegen Kindergeld, Pensionisten ihre Rente, und Menschen, die keine Arbeit haben, Arbeitslosenunterstützung. Wir fahren auf Straßen, die der Staat gebaut hat, gehen in Schulen oder werden in Krankenhäusern behandelt, für die ebenfalls der Staat gesorgt hat.

Wer oder was ist das eigentlich, der Staat, der in unserem Leben offensichtlich eine so große Rolle spielt?

Staat

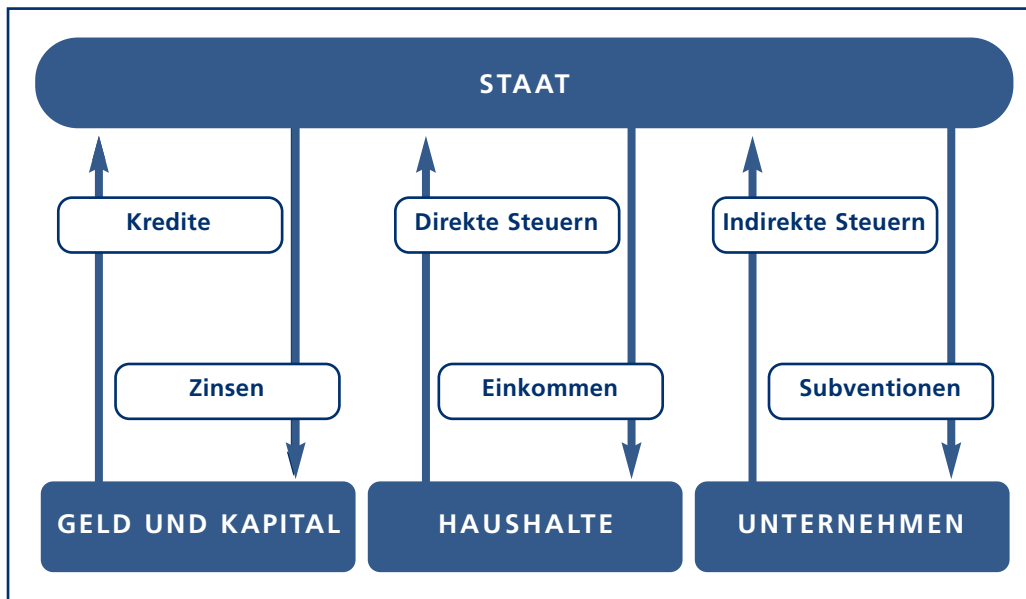
Zum **Staat** gehören alle Institutionen, die die Aufgabe haben, Leistungen für die Allgemeinheit zu erbringen, und die sich hauptsächlich durch Zwangsabgaben finanzieren. Dazu gehören vor allem die **Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden sowie die Sozialversicherungseinrichtungen**.

**Bund, Länder, Gemeinden,
Sozialversicherungs-
einrichtungen**

Die wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates kennen wir schon aus dem Wirtschaftskreislauf.

Er steht in vielfältiger Verbindung mit den anderen Wirtschaftsteilnehmern wie Unternehmen, Haushalten und dem Geld- und Kapitalmarkt. Dazu kommen noch die Beziehungen zum Ausland.

Der Staat ist in unserer Wirtschaft größter Arbeitgeber, größter Produzent und größter Nachfrager.



In den vergangenen Jahrzehnten haben diese Aktivitäten des Staates stark zugenommen.

War er ursprünglich für die eher klassischen Bereiche wie öffentliche Verwaltung, Rechtsprechung, öffentliche Sicherheit oder Schulwesen zuständig, so hat er im Laufe der Zeit immer mehr Aufgaben übernommen bzw. übernehmen müssen, wie soziale Sicherheit, Einkommensumverteilung, Arbeitsmarktpolitik oder Konjunkturpolitik.

Eine Kennzahl für die Aktivitäten des Staates in einem Land ist die sogenannte Staatsquote.

Die **Staatsquote** gibt an, welcher Anteil des Bruttoinlandsproduktes (das ist alles, was in einem Land innerhalb eines Jahres produziert wird) auf Staatsausgaben entfällt.

Staatsquote

In Österreich beträgt die Staatsquote mehr als 50 %. Das bedeutet, dass mehr als die Hälfte des BIP (das BIP betrug 2002 rund 215 Mrd. €) durch die Kassen des Staates fließt. Man kann sich vorstellen, dass die Wirtschaft durch ein derart großes Volumen ganz wesentlich beeinflusst wird.

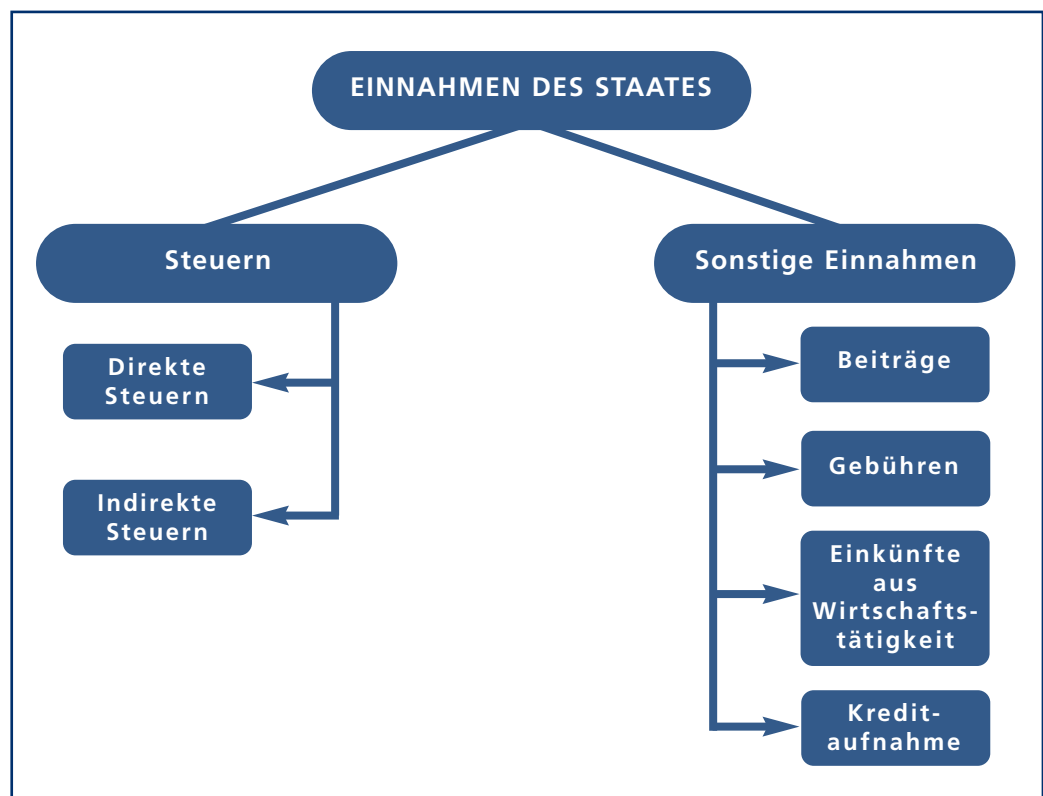
Über die Rolle des Staates in der Wirtschaft wird gegenwärtig (wie eigentlich immer) heftig diskutiert.

Grundsätzlich ist es der Markt, der die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen am effizientesten sicherstellen kann.

Staatliche Tätigkeit sollte in einer Marktwirtschaft daher immer subsidiär sein, d.h., der Staat sollte nur solche Aufgaben übernehmen, die vom Markt nicht in zufrieden stellendem Ausmaß erbracht werden.

1.2 Die Einnahmen des Staates

Die Aufgaben des Staates müssen finanziert werden. Dazu stehen dem Staat verschiedene Einnahmequellen zur Verfügung:



1.2.1 Steuern

Steuern

Steuern sind staatliche Zwangsabgaben, denen keine direkte Leistung gegenübersteht.

Wenn wir ein Auto kaufen, dann wissen wir, was wir für unser Geld bekommen. Wenn wir Steuern zahlen, wissen wir nicht genau, wofür unser Geld verwendet wird. Wir wissen nur, dass es in das allgemeine Budget zur Finanzierung staatlicher Leistungen fließt.

Steuern haben zwei wichtige Funktionen:

- Zum einen verschaffen sie dem Staat die Einkommen, die er braucht, um seine Aufgaben erfüllen zu können (**Fiskalfunktion**);
- zum anderen sind sie eine Möglichkeit, ohne Verbote und Gebote Haushalte und Unternehmen zu einem bestimmten Verhalten zu bewegen (**Lenkungsfunktion**).

Fiskalfunktion

Lenkungsfunktion

Wird der Preis von Einwegflaschen durch eine Besteuerung erhöht, kann das die Konsumenten dazu bewegen, auf Mehrwegflaschen umzusteigen. Energiesteuern verteuern den Einsatz von Energie und stellen dadurch einen Anreiz dar, bestehende Potenziale der Energieeinsparung zu nützen.

1.2.2 Direkte und indirekte Steuern

Die Steuern kann man in zwei große Gruppen einteilen: direkte und indirekte Steuern.

Direkte Steuern sind Abgaben auf unser Einkommen und unser Vermögen. Die wichtigsten direkten Steuern sind Lohn- und Einkommenssteuern. Bei den direkten Steuern wird die persönliche Lage des Einzelnen berücksichtigt. Wenn jemand wenig verdient, zahlt er auch weniger Steuern.

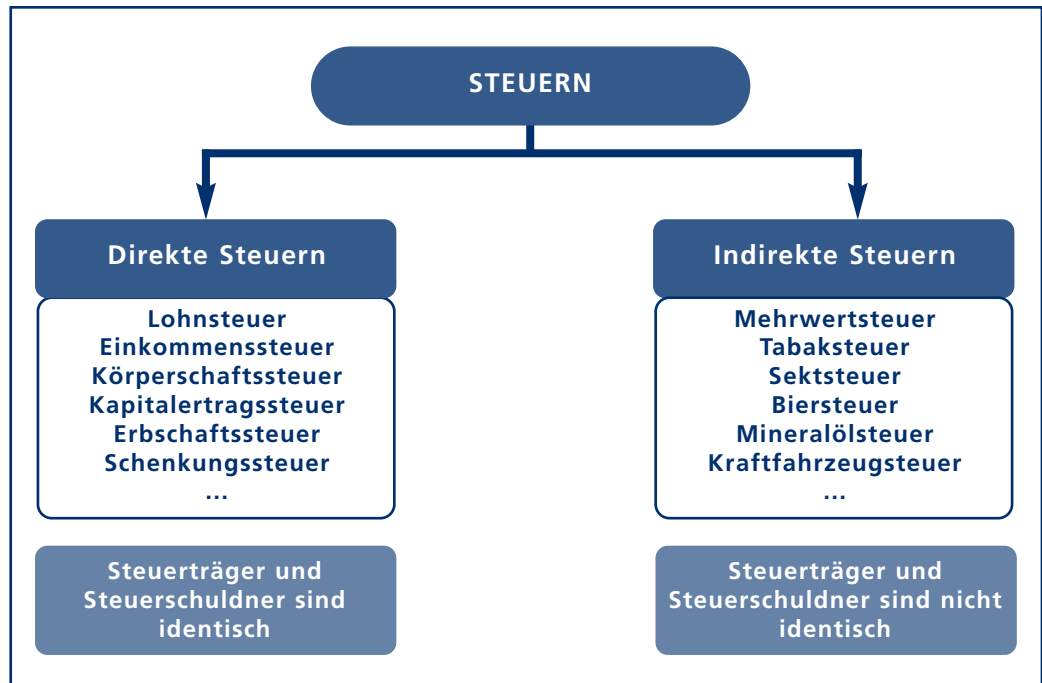
Direkte Steuern

Direkt heißen diese Steuern, weil sie vom Einkommensbezieher direkt an das Finanzamt gezahlt werden müssen. Steuerträger (das ist derjenige, der letztendlich für die Steuern aufkommen muss) und Steuerzahler (das ist derjenige, der die Steuern an das Finanzamt zahlt) sind bei direkten Steuern identisch.

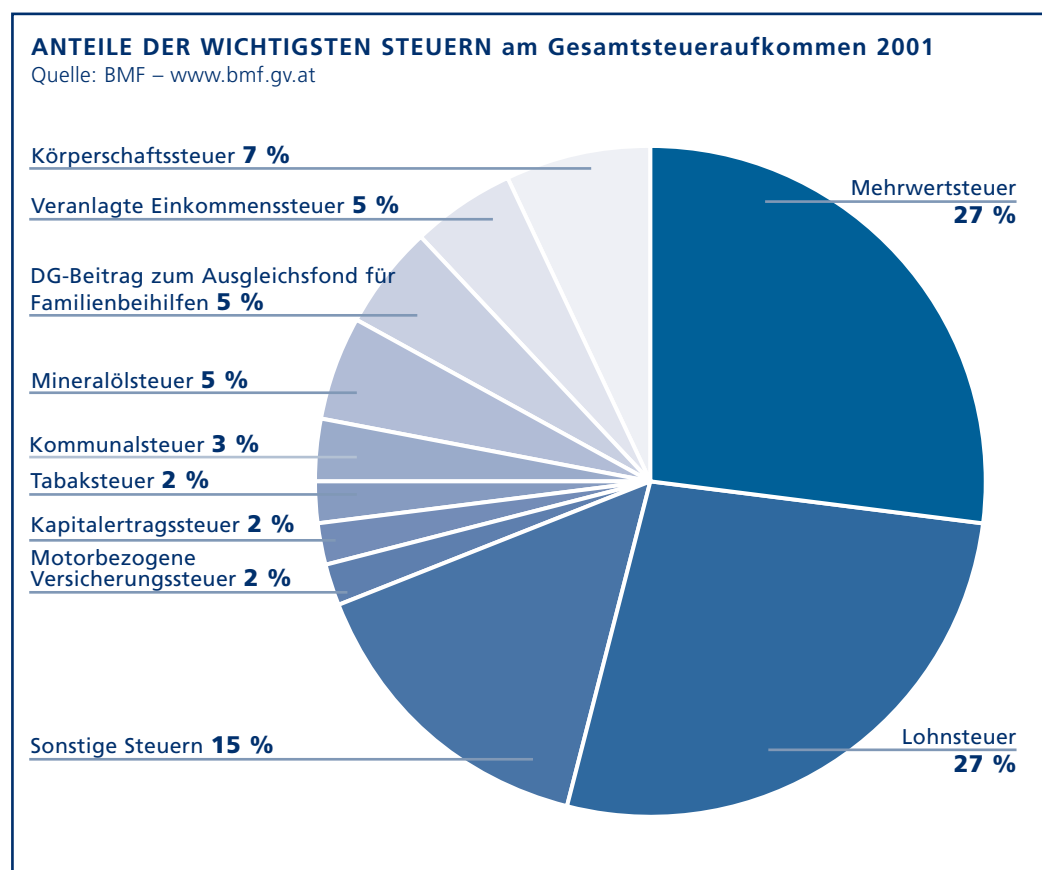
Indirekte Steuern sind Steuern auf unseren täglichen Konsum, sie richten sich also auf die Ausgaben für Güter und Dienstleistungen. Die wichtigste indirekte Steuer ist die Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer). Bei den indirekten Steuern wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Einzelnen nicht berücksichtigt, die Steuersätze sind für alle gleich, egal, ob der Steuerpflichtige viel oder wenig verdient.

Indirekte Steuern

Indirekt heißen diese Steuern, weil die Beziehung zwischen Steuerträger (das ist hier der Konsument) und Finanzamt nur indirekt über den Verkäufer der Ware besteht. Der Verkäufer kassiert sie und führt sie ans Finanzamt ab. Bei den indirekten Steuern sind also Steuerträger und Steuerzahler nicht identisch.



Die folgende Abbildung zeigt die Anteile der wichtigsten Steuern am Gesamtsteueraufkommen. Man sieht, dass die Einkommenssteuer (die Lohnsteuer ist eine besondere Form der Einkommenssteuer) und die Mehrwertsteuer mehr als die Hälfte des gesamten Steueraufkommens ausmachen. Grund genug, uns die beiden genauer anzusehen.



1.2.3 Einkommenssteuer

Zur Einkommenssteuer zählen zunächst einmal die **Lohnsteuer** und die so genannte **veranlagte Einkommenssteuer**. Sie sind die wichtigsten direkten Steuern.

Lohnsteuer
veranlagte Einkommenssteuer

Lohnsteuer zahlen die unselbstständig Beschäftigten (Arbeiter, Angestellte, Beamte). Die Lohnsteuer wird vom Arbeitgeber einbehalten und an das Finanzamt abgeführt.

Die veranlagte Einkommenssteuer wird von Selbstständigen entrichtet. Veranlagt heißt, dass der Steuerpflichtige jährlich eine Steuererklärung abgibt und dann vom Finanzamt mitgeteilt bekommt, wie viel Steuern er zu zahlen hat.

Die Einkommenssteuer wird nicht vom **Bruttoeinkommen** berechnet, sondern vom so genannten **steuerpflichtigen Einkommen**.



Bruttoeinkommen
– Beiträge zur Sozialversicherung
– Steuerfreibeträge
= Steuerpflichtiges Einkommen

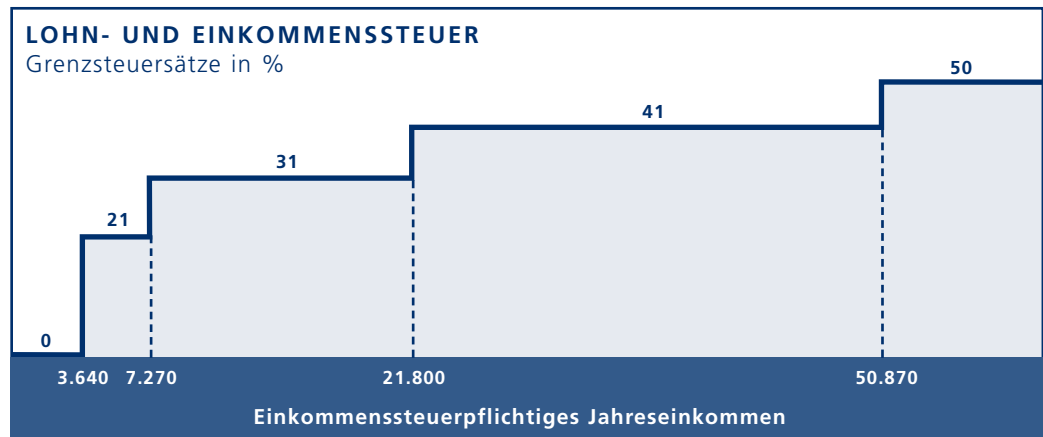
Durch die Steuerfreibeträge können die persönlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen berücksichtigt werden.

Der Steuersatz, der nun auf das steuerpflichtige Einkommen angewandt wird, steigt mit dem Einkommen an. Die Höhe des Anstieges wird mit dem Grenzsteuersatz bestimmt.

Unter dem **Grenzsteuersatz** versteht man den Steuersatz, mit dem der letzte verdiente Euro besteuert wird.

Grenzsteuersatz

Die folgende Abbildung zeigt die verschiedenen Steuerstufen.



Zunächst beginnt es mit einer Nullzone: Einkommen bis 3.640 € sind steuerfrei. Einkommensteile zwischen 3.641 und 7.270 € werden mit 21 % besteuert, Einkommensteile zwischen 7.271 und 21.800 € mit 31 % und Einkommensteile zwischen 21.801 und 50.870 € mit 41 %. Und wenn man besonders viel verdient, nämlich über 50.870 €, dann zahlt man für diese Einkommensteile 50 % Steuern.

Steuerprogression

Den Anstieg der Steuerbelastung mit steigendem Einkommen nennt man **Steuerprogression**.

Wichtig ist, dass die Steuersätze nur auf diejenigen Einkommensteile angewendet werden, die in die jeweilige Steuerstufe fallen. Wenn man durch eine Lohnerhöhung in eine höhere Stufe fällt, wird nicht das ganze Einkommen mit diesem höheren Steuersatz besteuert, sondern nur der Teil, der in die höhere Stufe fällt.

Beispiel:

Ein steuerpflichtiges Jahreseinkommen von 25.000,- € wird folgendermaßen besteuert:

- die ersten 3.640,- € sind steuerfrei;
- die nächsten 3.630,- € mit 21 %, das sind 762,3 €;
- die nächsten 14.530,- € mit 31 %, das sind 4.504,3 €;
- und die letzten 3.200,- € mit 41 %, das sind 1.312,- €.

Der Grenzsteuersatz (d.h. der Steuersatz, mit dem der letzte Euro besteuert wird) ist in diesem Beispiel 41 %. Die Gesamtsteuer beträgt 6.578,6 €.

Durch die progressive Besteuerung werden die persönlichen Verhältnisse des Steuerzahlers berücksichtigt. Wer wenig verdient, zahlt einen geringeren Anteil seines Einkommens an das Finanzamt als jemand, der mehr verdient.

Eine progressive Besteuerung hat aber auch ihre Tücken. Durch den Anstieg der Preise (Inflation) werden die Einkommen der Menschen immer weniger wert, also werden in den jährlichen Verhandlungen der Sozialpartner Einkommenserhöhungen beschlossen. Diese Einkommenserhöhungen führen aber, soweit sie nur in der Höhe der Inflationsrate erfolgen, zu keiner Kaufkrafterhöhung, sondern gleichen nur verlorene Kaufkraft aus. Aber durch die Einkommenserhöhung fallen immer mehr Steuerzahler in eine höhere Progressionsstufe, sodass ihnen am Ende weniger übrig bleibt als vorher.

Das Ganze nennt man **kalte Progression**. Die meisten Steuerreformen der letzten Jahre hatten vor allem das Ziel, die Wirkungen dieser kalten Progression durch Anpassung der Steuersätze auszugleichen

kalte Progression

1.2.4 Körperschafts- und Kapitalertragssteuer

Die **Körperschaftssteuer** ist die besondere Form der Einkommenssteuer für juristische Personen wie Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Damit soll der Gewinn dieser Gesellschaften erfasst werden, der nicht an die Eigentümer (Aktionäre, Gesellschafter) ausgeschüttet wird. Der Körperschaftssteuersatz beträgt derzeit einheitlich 34 %.

Körperschaftssteuer

Eine andere Form von Einkommen sind die Zinsen auf Sparguthaben und die Dividenden auf Aktien. Diese unterliegen der **Kapitalertragssteuer**, der Steuersatz beträgt derzeit 25 %.

Kapitalertragssteuer

1.2.5 Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer)

Die wichtigste indirekte Steuer ist die **Mehrwertsteuer**. Sie wird auf den Umsatz und den Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen erhoben. Wir alle bezahlen sie täglich, wenn wir einkaufen gehen. Der normale Mehrwertsteuersatz beträgt derzeit in Österreich 20 %.

Mehrwertsteuer



Was wir auch kaufen, der Staat kassiert fast immer mit.

Die Mehrwertsteuer wird von den Unternehmen kassiert und an das Finanzamt abgeführt. Vorher kann sich das Unternehmen aber die Mehrwertsteuer, die es selbst bei seinen Einkäufen bezahlt hat, abziehen. Das hat den Effekt, dass letztendlich die gesamte Mehrwertsteuer vom Endverbraucher getragen wird.

Neben der Mehrwertsteuer gibt es auch noch andere indirekte Steuern wie Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Biersteuer, Sektsteuer ...

1.2.6 Sonstige Einnahmen des Staates

Gebühren

Gebühren sind Abgaben, die für eine spezielle Gegenleistung des Staates gezahlt werden müssen.

Gebühren sind beispielsweise bei der Ausstellung eines Reisepasses zu entrichten oder für die Müllabfuhr. Die Höhe der Gebühren soll in etwa die Kosten decken, die für den Staat bei der Erbringung der Leistung entstehen.

Beiträge

Beiträge sind wie Gebühren Abgaben, denen eine direkte Gegenleistung gegenübersteht. Der Beitrag muss aber nicht dem Umfang der staatlichen Leistung entsprechen. Die wichtigsten Beiträge sind diejenigen, die an die Sozialversicherungsträger gezahlt werden.

Einnahmen aus Wirtschaftstätigkeit

Neben den bisher genannten Abgaben hat der Staat Einnahmen als Unternehmer. Zum einen betreibt er selbst Betriebe, zum anderen ist er an Unternehmen beteiligt. Die Gewinne aus diesen Unternehmen und Beteiligungen kann der Staat zur Finanzierung seiner Aufgaben verwenden.

Kredite

Wenn die bisher aufgezählten Einnahmearten nicht ausreichen, um seine Ausgaben zu decken, hat der Staat natürlich auch die Möglichkeit, sich über Kredite zu finanzieren, also sich zu verschulden.

Wie wir weiter unten sehen werden, macht er von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch.

1.3 Finanzausgleich

Wer hebt nun diese Steuern ein?

Alle drei Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) dürfen Steuern einheben. Sie tun das allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Den weitaus größten Teil hebt der Bund ein, die Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden sind von untergeordneter Bedeutung.

Allerdings darf der Bund nur einen Teil der Einnahmen für sich behalten, den Rest muss er in einem komplizierten Verfahren an die untergeordneten Gebietskörperschaften weitergeben.

Dieses Verfahren, das die Verteilung der Einnahmen zwischen den Gebietskörperschaften regelt, nennt man ***Finanzausgleich***.

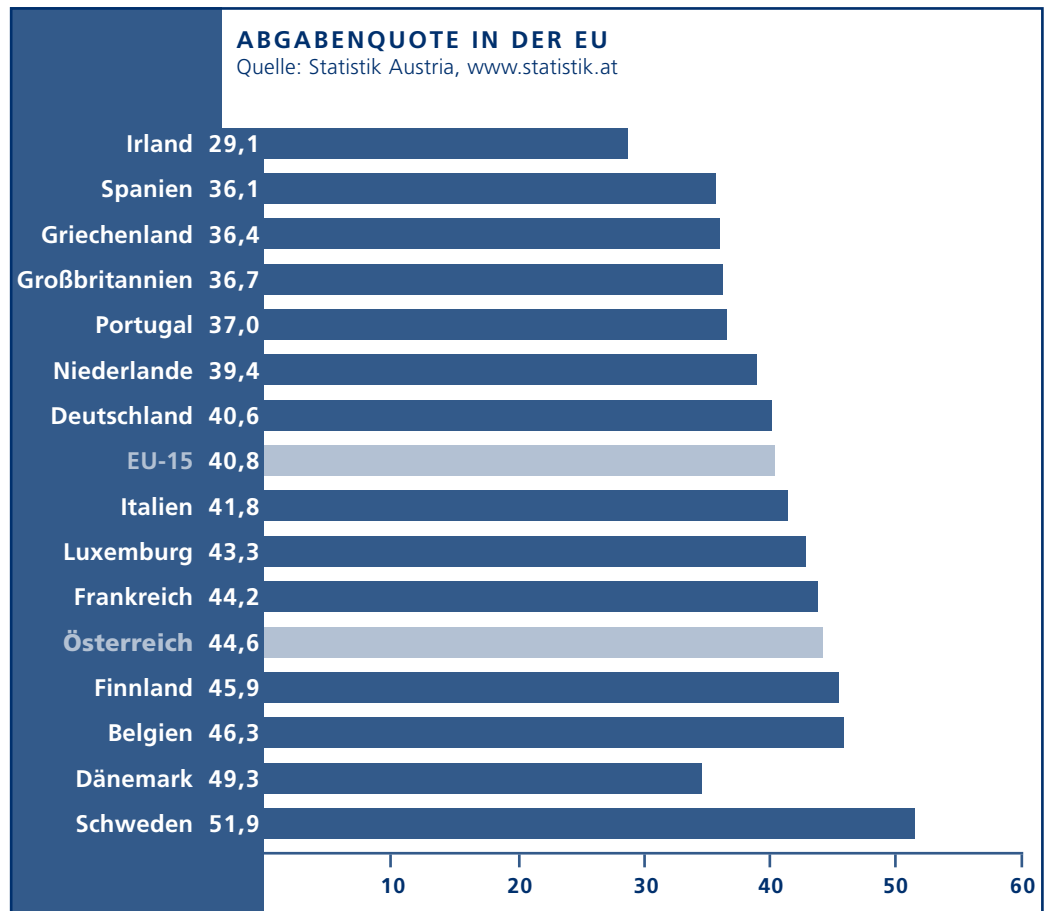
Finanzausgleich

1.4 Abgabenquote

Steuern, Gebühren und Beiträge fasst man unter dem Begriff Abgaben zusammen.

Die **Abgabenquote** ist das Verhältnis der gesamten Abgaben zum Bruttoinlandsprodukt und ist ein Maß für das gesamtwirtschaftliche Abgabenniveau.

Die folgende Grafik zeigt die Abgabenquote für einige Länder.



Demnach hatte Österreich im Jahr 2002 eine Abgabenquote von 44,6 %. Das bedeutet, dass im Durchschnitt jedem Österreicher von 100 verdienten Euro 44,6 Euro vom Staat weggenommen werden. Damit liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld.

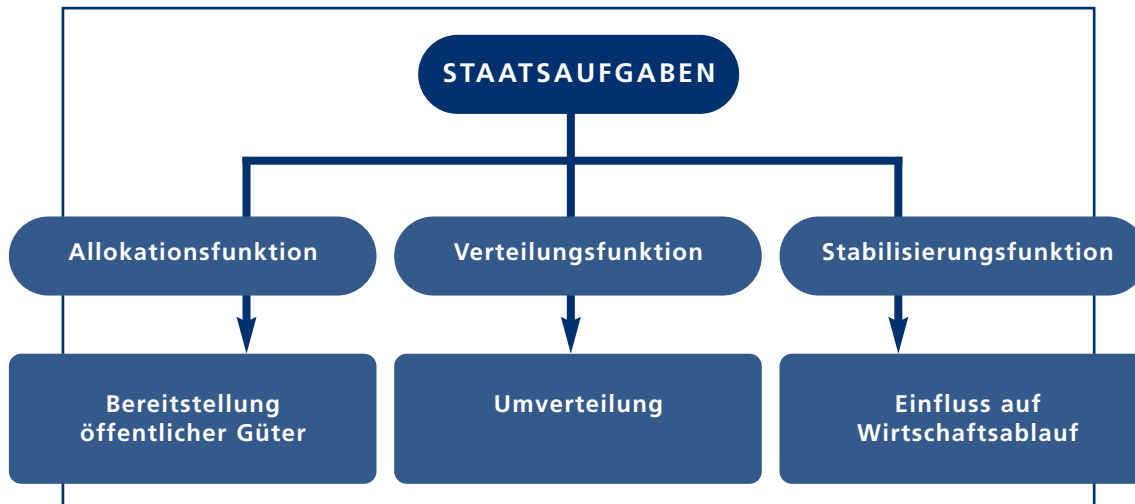
Die Abgabenquote ist niedriger als die Staatsquote, die, wie wir wissen, mehr als 50 % beträgt. Das liegt daran, dass der Staat neben den Abgaben noch andere Einnahmequellen hat, zB Einnahmen aus Wirtschaftstätigkeit oder die Möglichkeit, Schulden zu machen.

1.5 Die Aufgaben des Staates

Nachdem wir festgestellt haben, dass der Staat eine ganze Menge Geld einnimmt, stellt sich jetzt die Frage, wofür er dieses Geld überhaupt benötigt. Oder anders gefragt, wofür gibt der Staat das Geld aus, das er uns allen weggenommen hat?

Grundsätzlich verwendet der Staat seine Einnahmen dazu, die ihm übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

Die Aufgaben, die wir dem Staat zugedacht haben, sind vielfältig. Man teilt die Aufgaben des Staates im Allgemeinen in drei große Bereiche ein:



1.5.1 Allokationsfunktion

Sinn des Wirtschaftens ist es, die knappen Produktionsfaktoren so einzusetzen, dass die produzierten Güter und Dienstleistungen den Menschen einen größtmöglichen Nutzen bringen. Das ist eine Aufgabe, die, wie wir heute wissen, am besten von der Marktwirtschaft bewältigt wird. Vorrang bei der Bereitstellung von Gütern hat daher der Markt.

Es gibt aber auch Güter, die vom Markt nicht oder nicht in einem gesellschaftlich erwünschten Ausmaß bereitgestellt werden. Solche Güter sind zB innere und äußere Sicherheit, Rechtsprechung, Bildung, Gesundheit, Energieversorgung, Straßen u.Ä. Aufgabe des Staates im Rahmen der Allokationsfunktion ist es daher, in das Marktgeschehen einzugreifen und die entsprechenden Güter selbst bereitzustellen oder durch gezielte Lenkungsmaßnahmen den Markt zur Produktion dieser Güter zu bewegen.

1.5.2 Verteilungsfunktion

Der Markt kann zu einer Einkommensverteilung führen, die nicht den gesellschaftlichen Vorstellungen entspricht. Die sich aus dem Marktgeschehen ergebende Einkommensverteilung kann als ungerecht empfunden werden. Im Rahmen der Verteilungsfunktion ist es Aufgabe des

Staates, eine „gerechtere“ Einkommensverteilung herzustellen. Das Wort gerecht steht hier in Anführungszeichen, weil es natürlich unterschiedliche Vorstellungen darüber gibt, was gerecht ist. Die Entscheidung darüber, ob etwas gerecht oder ungerecht ist, ist ein Werturteil. Diese Frage kann nur politisch entschieden werden.

1.5.3 Stabilisierungsfunktion

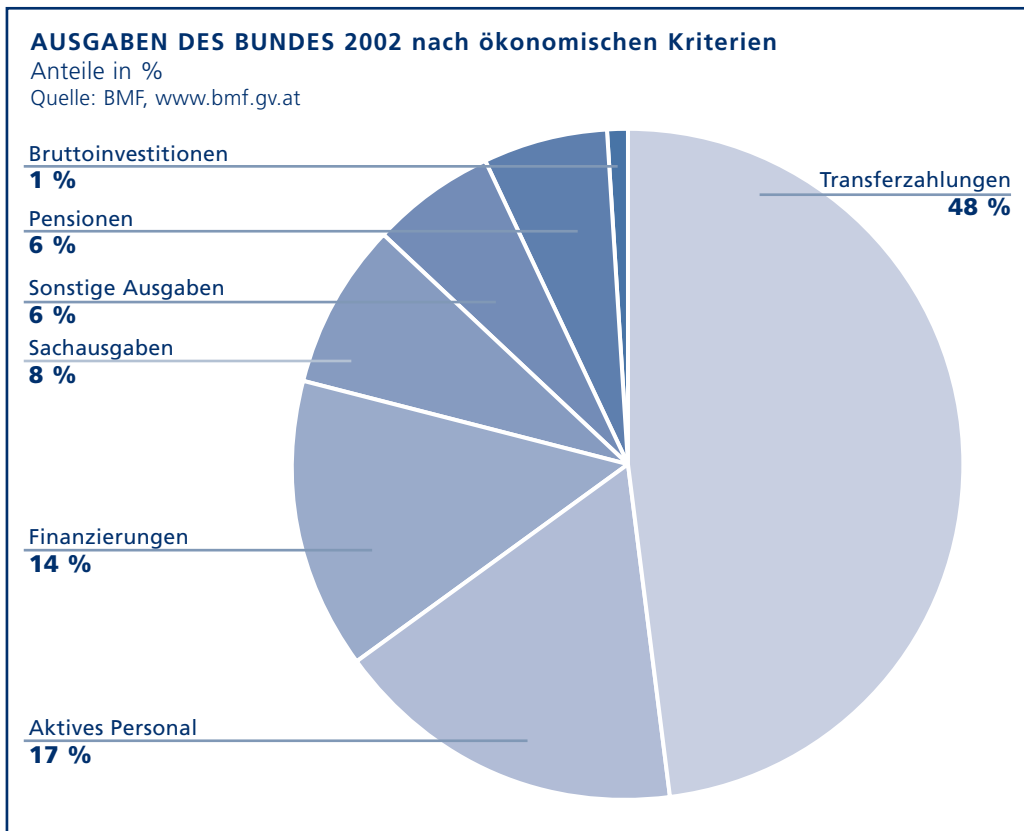
Bei der Stabilisierungsfunktion stehen die Auswirkungen der staatlichen Finanzen auf das wirtschaftliche Wachstum, die Beschäftigung und den Geldwert im Vordergrund. Wie wir im Kapitel 1 gesehen haben, unterliegt die wirtschaftliche Entwicklung konjunkturellen Schwankungen. Aufgabe des Staates im Rahmen der Verteilungsfunktion ist es, durch Steuerung seiner Einnahmen und Ausgaben die Schwankungen des Wirtschaftsaufbaues zu dämpfen.

Die Ausgaben des Staates für diese Leistungen kann man im Wesentlichen in drei große Gruppen aufteilen:

- Zahlungen für die Gehälter der handelnden Personen (zB das Gehalt eines Lehrers oder Polizisten. Dazu zählen aber auch die Zahlungen für die Pensionen von Beamten);
- Kosten für die eigentlichen Sachleistungen (zB das Polizeiauto oder die Ausstattung der Schule);
- Zahlungen an die verschiedenen Gruppen, die Leistungen des Staates erhalten (zB Kindergeld an Familien oder Subventionen an Unternehmen). Diese Zahlungen nennt man Transferzahlungen.

Alles zusammen ergibt im Großen und Ganzen die ökonomische Verteilung der Staatsausgaben, die wir in der folgenden Abbildung sehen.

1.5.4 Staatsausgaben nach ökonomischen Gesichtspunkten



Dabei handelt es sich um die Ausgaben des Bundes, die wir uns etwas genauer ansehen wollen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass der Staat mehr ist als der Bund. Auch die Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger spielen eine große Rolle.

Insgesamt hat der Bund im Jahr 2002 fast 62 Mrd. € ausgegeben. Man sieht, dass Transferzahlungen fast die Hälfte dieser Summe ausmachen. Dies ist Ausdruck einer umfangreichen Umverteilungspolitik des Staates. Wegen der Bedeutung dieses Teils der Staatsausgaben wollen wir uns damit etwas genauer beschäftigen.

1.5.5 Einkommensumverteilung

Eine der wesentlichen Aufgaben des Staates besteht in der **Einkommensumverteilung**.

Einkommensumverteilung

Die Einkommensverteilung ergibt sich zunächst auf dem Markt. Die Produktionsfaktoren werden für ihre Leistung im Produktionsprozess entlohnt, Arbeitnehmer erhalten Löhne und Gehälter, Unternehmen Gewinn-

ne und Vermögensbesitzer Zinsen, in Summe ergibt sich das schon aus der VGR bekannte Volkseinkommen.

primäre Einkommensverteilung

Diese Einkommensverteilung, die sich aus dem Leistungsbeitrag des Einzelnen im Produktionsprozess ergibt und die vom Staat nicht oder nur wenig beeinflusst wird, nennt man **primäre Einkommensverteilung**.

Diese Verteilung führt jedoch oft zu gesellschaftlich unerwünschten Ergebnissen.

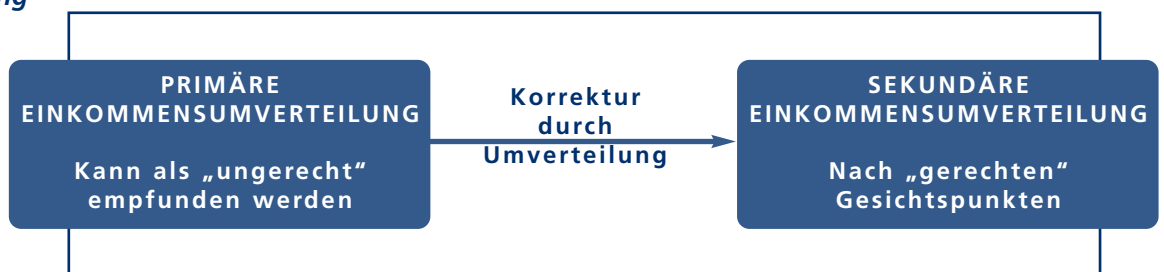
Zum einen können dabei Einkommen entstehen, die nicht ausreichen, die notwendigsten Bedürfnisse der Bezieher zu befriedigen.

Zum anderen gibt es Personen, die kein Einkommen beziehen, weil sie noch nicht (zB Kinder, Studenten), gerade nicht (zB Arbeitslose, Kranke) oder nicht mehr (zB Pensionisten) im Produktionsprozess stehen.

Unter Einkommensumverteilung versteht man die Korrektur dieser primären Einkommensverteilung nach sozialen Gesichtspunkten. Der Staat benützt seine Mittel, um eine „gerechtere Verteilung“ herbeizuführen.

sekundäre Einkommensverteilung

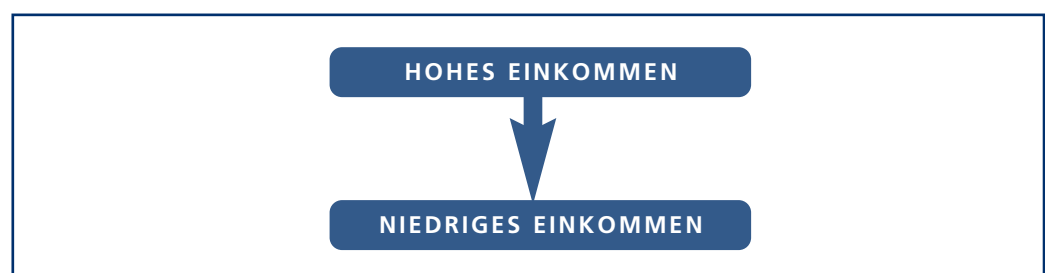
Das Ergebnis ist die so genannte **sekundäre Einkommensverteilung**.



Man unterscheidet eine vertikale und eine horizontale Umverteilung:

vertikale Umverteilung

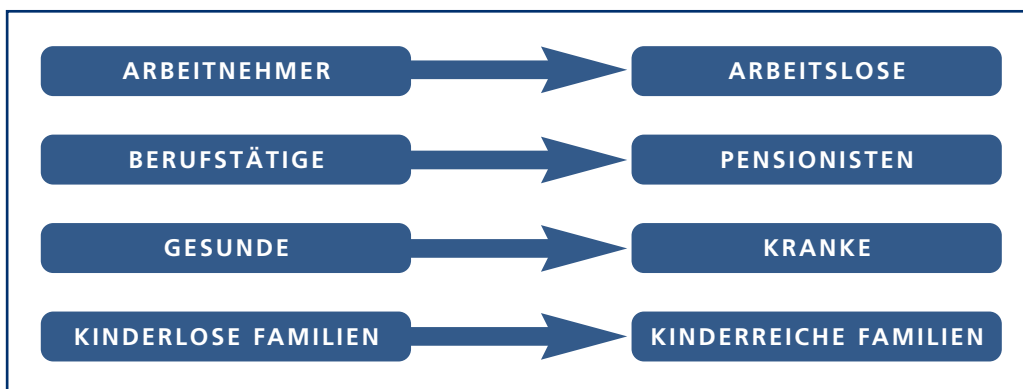
Die **vertikale Umverteilung** geht von Reich zu Arm. Besserverdiener werden höher besteuert, die Mittel werden zu denjenigen umgeleitet, die weniger verdienen.



Horizontale Umverteilung kann verschiedene Wege gehen:

horizontale Umverteilung

- in Form der Arbeitslosenunterstützung von denjenigen, die Arbeit haben, zu denjenigen, die keine Arbeit haben;
- in Form von Pensionen von denen, die sich noch im Produktionsprozess befinden, zu denen, die schon im Ruhestand sind;
- in Form von Kindergeld von kinderlosen Familien zu kinderreichen Familien;
- in Form von Krankengeld von Gesunden zu Kranken.



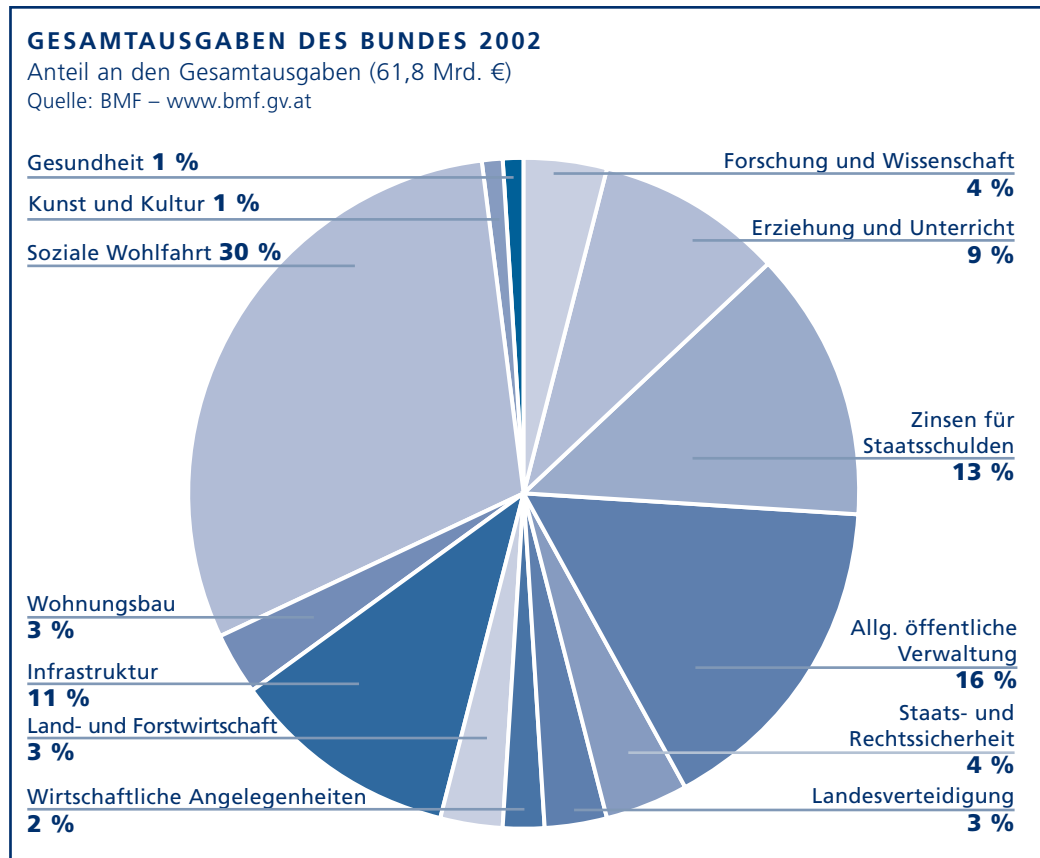
Die wichtigsten Mittel zur Umverteilung sind eine progressive Besteuerung, d.h. eine höhere Besteuerung höherer Einkommen (siehe die progressive Besteuerung bei der Einkommenssteuer) und Transferzahlungen.

Transferzahlungen sind Leistungen des Staates an private Haushalte oder Unternehmen ohne spezielle Gegenleistung, um die sich im Marktprozess ergebende Einkommensverteilung zu korrigieren und eine gesellschaftlich gewollte Verteilung zu erreichen.

Transferzahlungen

Typische Transferzahlungen sind Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosenunterstützung, aber auch Subventionen an Unternehmen ...

1.5.6 Funktionale Gliederung der Staatsausgaben



Die bedeutendste Position sind die Ausgaben für soziale Wohlfahrt. Sie machen beinahe ein Drittel der Gesamtausgaben aus. In dieser Position sind die Ausgaben für Familienleistungen (zB Kindergeld), Arbeitslosenunterstützungen und die Zuschüsse zur gesetzlichen Pensionsversicherung die größten Einzelposten.

Nicht enthalten sind in dieser Position die Ausgaben der Sozialversicherungsträger wie Krankenkassen, Pensionsversicherungsanstalten und Unfallversicherungsanstalten. Diese finanzieren sich aus den Beiträgen von Versicherten und Unternehmen und wickeln zusammen ein noch größeres Volumen an Sozialleistungen ab als der Bund. Dabei reichen vor allem die Beiträge in der Pensionsversicherung nicht aus, die Abgaben zu decken. Daher zahlt der Bund aus dem allgemeinen Budget entsprechende Zuschüsse.

Die obige Grafik zeigt auch, dass ein sehr großer Teil des Budgets aufgewendet werden muss, um die Zinsen für die Staatsschulden zu zahlen. Diese Position macht immerhin 13 % der Bundesausgaben aus. Das ist genauso viel, wie der Bund für Erziehung, Unterricht, Forschung und Wissenschaft ausgibt. Dieses Geld fehlt natürlich für andere wichtige Aufgaben.

1.6 Das Budget

Ein Budget ist ein Haushaltsplan, also ein Plan zur Führung eines Haushalts. Private Haushalte müssen genauso eine Vorstellung über ihre zukünftigen Ausgaben und Einnahmen haben wie öffentliche Haushalte. Unter öffentlichen Haushalten verstehen wir die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden.

Unter einem **Budget** (Voranschlag) versteht man den Finanzplan für eine bestimmte Periode. Es ist eine Gegenüberstellung von voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben in einem bestimmten Zeitraum.

Budget

Bei einem Budget (zB dem Budget des Bundes) handelt es sich um einen Plan, es ist also in die Zukunft gerichtet. Ins Budget gehen also die voraussichtlichen Einnahmen und die geplanten Ausgaben ein.

Ein **Rechnungsabschluss** (zB der Bundesrechnungsabschluss) enthält dagegen die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben. Er betrachtet Einnahmen und Ausgaben im Nachhinein.

Rechnungsabschluss

Man sagt, dass ein Budget „**in Zahlen gegossene Politik**“ ist“. Damit ist gemeint, dass sich die politischen Vorstellungen der jeweils Regierenden als Posten im Budget niederschlagen.

in Zahlen gegossene Politik

Wofür Geld investiert wird, welche Projekte verwirklicht oder fallen gelassen werden, ob Unternehmer gefördert, die Arbeitslosen unterstützt, die Militärausgaben erhöht oder die Bildungschancen verbessert werden, alles findet seinen Niederschlag im Budget.

Der Staat kann natürlich auch anders ins Geschehen eingreifen (zB indem er etwas verbietet oder ausdrücklich fordert), aber das wesentliche Instrument, seinen Willen umzusetzen, ist das Budget.

Alle öffentlichen Haushalte müssen ein Budget erstellen. Das größte ist das Budget des Bundes. Im Folgenden werden wir uns hauptsächlich mit diesem beschäftigen.

1.6.1 Budgetdefizit

ausgeglichenes Budget

In den seltensten Fällen werden bei einem Budget die Einnahmen genauso groß sein wie die Ausgaben. Sollte das trotzdem einmal der Fall sein, spricht man von einem **ausgeglichenes Budget**.

Überschuss

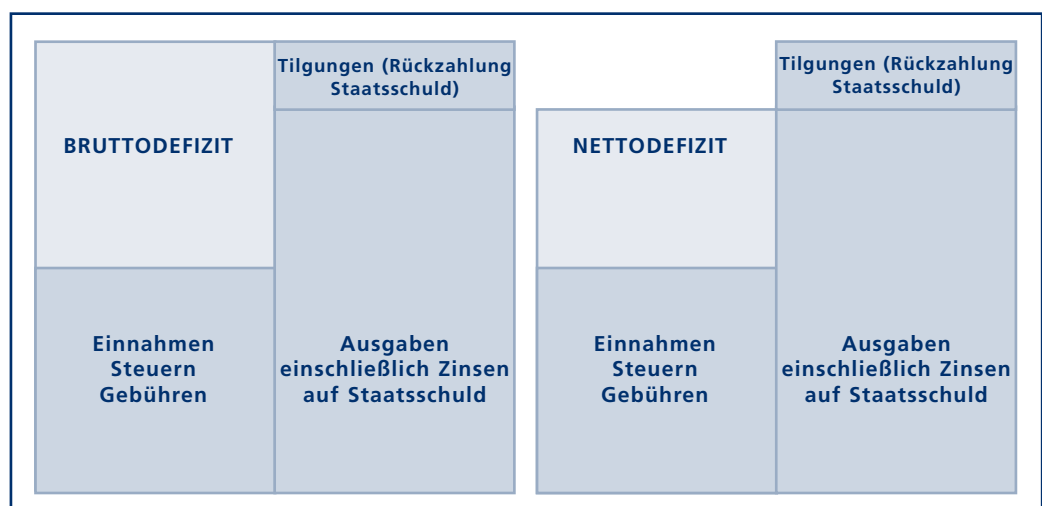
Wenn die Einnahmen größer sind als die Ausgaben, dann weist das Budget einen **Überschuss** auf.

Defizit

Sind die Ausgaben größer als die Einnahmen, dann spricht man von einem (Budget-) **Defizit**.

Grundsätzlich muss ein Budget ausgeglichen sein, d.h., die geplanten Ausgaben dürfen nicht höher sein als die voraussichtlichen Einnahmen. Reichen die erwarteten Einnahmen nicht aus, müssen die Lücken durch Kreditaufnahme, d.h. durch Verschuldung geschlossen werden. (Das ist genauso wie bei einem privaten Haushalt. Wenn man die nötigen Mittel für ein neues Auto nicht hat, muss man einen Kredit aufnehmen.)

Die folgende Abbildung zeigt ein schematisches Staatsbudget. Auf der einen Seite hat der Staat verschiedene Einnahmen. Auf der anderen Seite hat er Ausgaben (wozu auch die Zahlung von Zinsen auf die existierende Staatsschuld zählt). Dazu kommt noch die Rückzahlung (Tilgung) eines Teils der bestehenden Schulden.



Die Ausgaben inklusive Tilgungen sind höher als die Einnahmen. Es besteht also eine Finanzierungslücke, die durch die Aufnahme neuer Schulden geschlossen werden muss.

Diese Finanzierungslücke ist das Bruttodefizit.

Das **Bruttodefizit** gibt an, in welcher Höhe neue Schulden aufgenommen werden müssen.

Bruttodefizit

Da aber gleichzeitig ein Teil der alten Schulden getilgt wird, steigt die gesamte Staatsschuld nicht um die Höhe des Bruttodefizits, sondern nur um die Höhe des Bruttodefizits abzüglich dieser Tilgungen. Das Ergebnis ist das Nettodefizit.

Das **Nettodefizit** ist die Neuverschuldung des Staates, d.h., es gibt an, um welchen Betrag die Staatsschulden im betreffenden Jahr zunehmen.

Nettodefizit

Wenn also in der Zeitung steht, dass das Budgetdefizit gesunken ist, heißt das nicht, dass die Staatsschulden gesunken sind, sondern nur, dass die Schulden langsamer gewachsen sind. Ein so genanntes Nulldefizit führt dazu, dass die Schulden weder zu- noch abnehmen. Um die Schulden zu verringern, muss der Staat einen Budgetüberschuss erreichen und diesen zur Schuldentrückzahlung verwenden.

Wie schaut jetzt das Ganze in der Realität aus?

Das Budget des Bundes besteht aus zwei Teilen:

	dem <i>allgemeinen Haushalt</i> und dem <i>Ausgleichshaushalt</i>	
--	--	--

***allgemeiner Haushalt*
*Ausgleichshaushalt***

Der allgemeine Haushalt ist das, was man üblicherweise unter dem Budget versteht. Hier sind die Einnahmen und Ausgaben einander gegenübergestellt.

Der Ausgleichshaushalt enthält die Einnahmen durch Schuldenaufnahme (zB einen Kredit, den der Staat in Anspruch nimmt, da fließt Geld in die Kasse) und die Ausgaben des Staates für Schuldentilgungen (zB für die Tilgung von Krediten).

Die folgende Abbildung zeigt ein Beispiel:

Bundeshaushalt 2002

Quelle: BMF, www.bmf.gv.at

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Vorl. Ergebnis 2002	BVA 2002	Vorl. Ergebnis 2002	BVA 2002	Vorl. Ergebnis 2002	BVA 2002
Ausgaben	61.803	59.374	34.697	41.839	96.500	101.213
Einnahmen	59.413	58.546	37.087	42.667	96.500	101.213
Abgang	2.390	828				
Überschuss			2.390	828		
	BVA = Bundesvoranschlag				Beträge in Millionen Euro	

Im allgemeinen Haushalt wurde 2002 ein Defizit von 2.390 Mio. € erwirtschaftet (das ist das Nettodefizit).

Im Ausgleichshaushalt wurden Schulden in der Höhe von 34.697 Mio. € zurückgezahlt (das sind die Tilgungen) und neue Schulden in Höhe von 37.087 Mio. € gemacht (das ist das Bruttodefizit).

Der Gesamthaushalt ist also immer ausgeglichen, weil einem Defizit im allgemeinen Haushalt immer ein gleich großer Überschuss im Ausgleichshaushalt gegenübersteht.

Wenn von einem (Budget-)Defizit die Rede ist, meint man im Allgemeinen das Defizit des allgemeinen Haushalts, also das Nettodefizit.

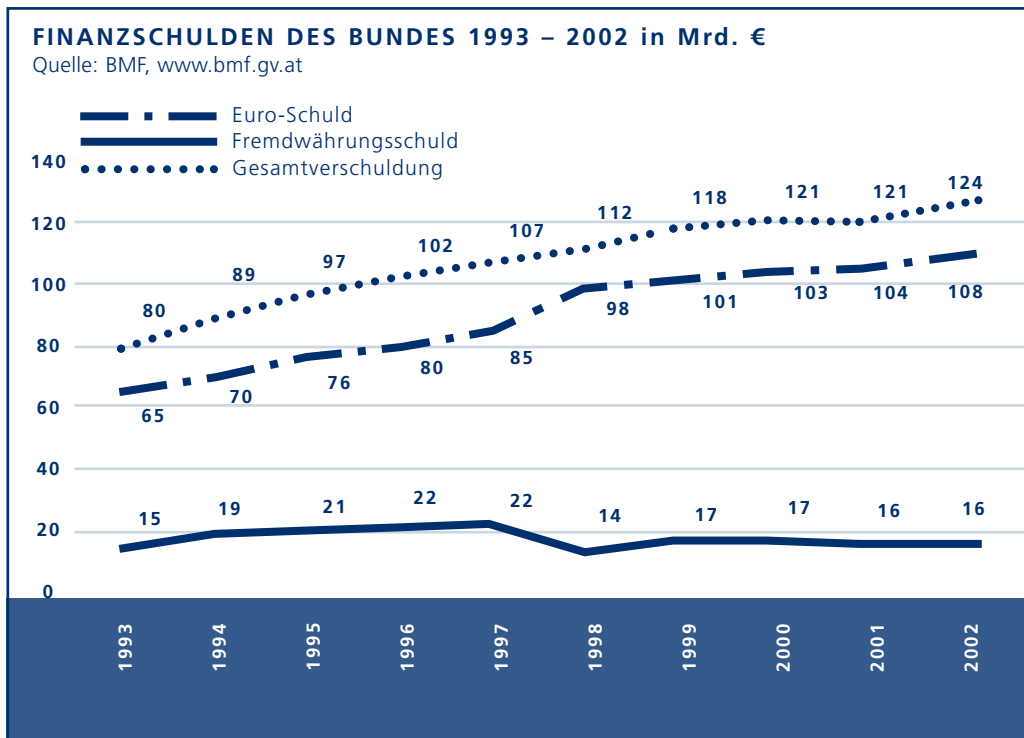
1.6.2 Staatsverschuldung

Nettodefizite wie das oben erwähnte hat es in Österreich in den vergangenen Jahren schon viele gegeben. Wenn man alle zusammenzählt, ergibt sich die heutige Staatsschuld.

Staatsverschuldung

Die **Staatsverschuldung** ist die Summe der Nettodefizite der vergangenen Jahre.

Durch die laufenden Defizite ist die Staatsschuld ständig angestiegen. Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Finanzschuld des Bundes. Von 1992 bis 2002 ist die Staatsschuld um rund 58 % gestiegen und betrug im Jahr 2002 rund 124 Mrd. €.



Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt, also das, was alle Österreicher in einem Jahr produzieren, beträgt rund 215 Mrd. €. Die Schulden des Bundes machen also 57 % des BIP aus.

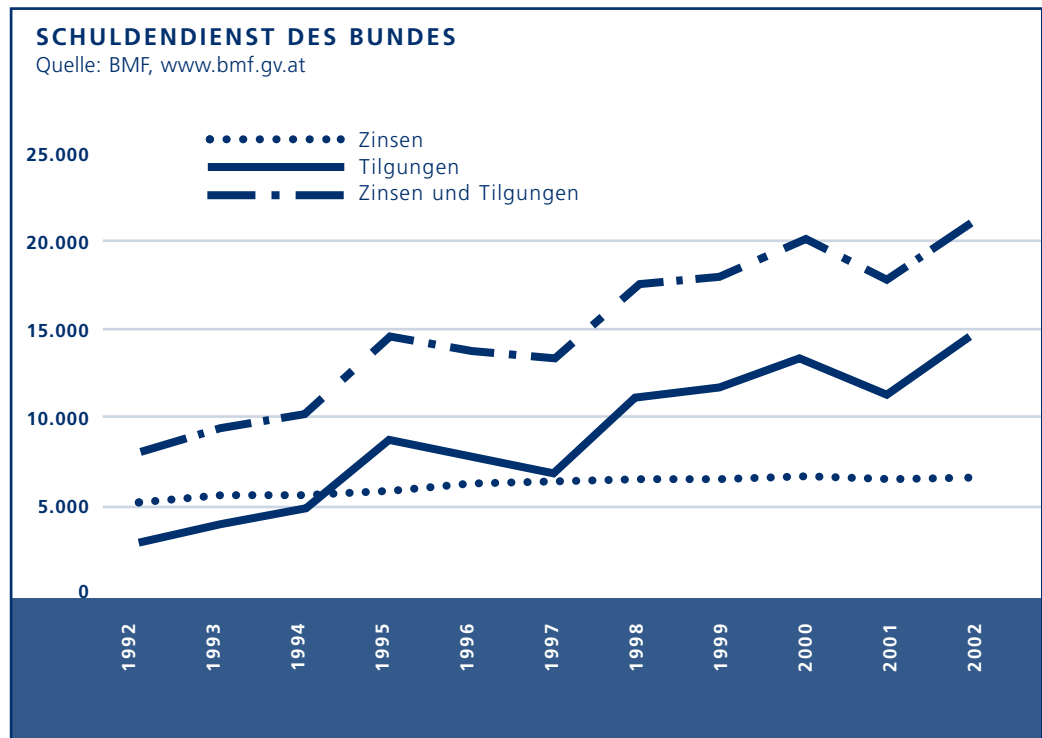
Diese Schulden bringt der Staat durch Kredite auf. Den größten Teil davon machen Staatsanleihen und Darlehen bei Banken und Versicherungen aus.

Der größte Teil der Schulden sind Euro-Schulden. Die Fremdwährungsschulden sind Schulden in Yen und Schweizer Franken. Fremdwährungsschulden haben den Nachteil, dass Wechselkursänderungen zu einem starken Anstieg der Zahlungsverpflichtungen führen können.

Diejenigen, die dem Staat Geld borgen, erwarten sich dafür natürlich Zinsen. Außerdem muss er die Schulden auch irgendwann zurückzahlen.

Den Aufwand des Staates, der sich aus Tilgungen und Zinsen zusammensetzt, nennt man **Schuldendienst**.

Schuldendienst



Die Abbildung zeigt, dass der Aufwand des Bundes für die Finanzschulden in den letzten Jahren gestiegen ist.

Das führt uns zu den Problemen, die mit einer ständig wachsenden Staatsschuld verbunden sind:

- **Verringerung des budgetären Handlungsspielraumes**

Der steigende Schuldendienst führt dazu, dass der Staat einen immer größeren Teil der Einnahmen für den Schuldendienst aufwenden muss. Dieses Geld fehlt dann natürlich für wichtige Aufgaben wie Bildung oder Investitionen in die Infrastruktur.

- **Verdrängung privater Investitionen**

Nicht nur die Investitionen des Staates werden durch den steigenden Schuldendienst gefährdet, auch die Investitionen der privaten Unternehmen. Durch die starke Nachfrage nach Krediten treibt der Staat das Zinsniveau in die Höhe, Geld kostet also mehr, und es wird für die Unternehmen teurer, zu investieren.

- **Belastung künftiger Generationen**

Wenn heute zu tätige Aufgaben mit Krediten finanziert werden, kommt es heutigen Bürgern ohne zusätzliche Belastungen zugute. Die Verzinsung und Tilgung dieser Schulden muss in der Zukunft geleistet werden, sodass künftige Generationen mit dem Abtragen der Schulden von heute belastet werden. Das gilt aber nicht für längerfristige Inves-

titionen, wie zB Straßen, von denen die zukünftigen Generationen ja auch profitieren, sondern für Konsumausgaben, wie zB Zuschüsse zu Pensionen.

Es spricht also einiges für eine Sanierung des Staatsbudgets mit dem Ziel einer langfristigen Finanzierbarkeit des Staatshaushalts. Eine solche Sanierung kann entweder über die Einnahmen oder die Ausgaben erfolgen.

Eine Sanierung über die Einnahmen (d.h. nichts anderes als höhere Steuern) scheint angesichts der schon jetzt so hohen Abgabenquote nicht der richtige Weg zu sein.

Bleibt der Weg über die Ausgaben. Weniger Ausgaben bedeutet natürlich auch, dass der Staat weniger Leistungen erbringen kann. Man wird angesichts der jetzigen Situation aber kaum vermeiden können, über die Rolle des Staates in einer sozialen Marktwirtschaft nachzudenken, und man wird sich überlegen müssen, wie eine Überforderung des Staates durch immer mehr und neue Aufgaben vermieden werden kann.

1.6.3 Budget und EU-Konvergenzkriterien

Aber nicht nur die angeführten Gründe sprechen für eine Sanierung des Staatshaushalts.

Mit dem Beitritt zur **Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion** hat sich Österreich verpflichtet, bestimmte Spielregeln bei der Erstellung seines Budgets einzuhalten. Sie sind Teil der so genannten Konvergenzkriterien, die jedes Mitgliedsland erfüllen muss. Hauptziel dieser Kriterien ist, den Wert des Euro zu erhalten. Eine zu hohe Verschuldung der Euro-Teilnehmerstaaten könnte dieses Ziel gefährden.

Die beiden Kriterien, die sich auf die Budgeterstellung beziehen, betreffen das höchstzulässige Nettodefizit und die höchstzulässige Staatsverschuldung.

Mit der Einhaltung der Konvergenzkriterien soll ein ausgeglichenes Budget des **Gesamtstaates** erreicht werden. Maßgeblich für die Berechnung ist daher nicht das Budget des Bundes alleine, sondern es werden die Budgets von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern zusammengerechnet.

Maastricht-Kriterien

Nach diesen so genannten **Maastricht-Kriterien** darf das Nettodefizit (also die Neuverschuldung) jährlich nicht mehr als 3 % des Bruttoinlandsproduktes ausmachen und die Staatsverschuldung eines Landes soll 60 % des BIP nicht übersteigen.

EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt

Diese Maastricht-Kriterien wurden durch den so genannten **EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt** konkretisiert. Dahinter stand die Befürchtung, dass einige Länder es mit der Einhaltung der Maastricht-Kriterien nicht so genau nehmen könnten.

In diesem Stabilitäts- und Wachstumspakt werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt oder sogar einen Überschuss anzustreben. Auch in schwierigen Zeiten soll die Neuverschuldung nicht mehr als 3 % des BIP betragen.

Es wurden Regelungen getroffen, die festlegen, wie bei übermäßigen Defiziten eines Landes zu verfahren ist.

Jeder Staat muss mehrjährige Stabilitätsprogramme vorlegen, die von der EU überwacht werden. Nötigenfalls werden Empfehlungen ausgesprochen und Korrekturmaßnahmen empfohlen. Gelingt es einem Land trotzdem nicht, die Kriterien einzuhalten, können Sanktionen verhängt werden. Diese bestehen zunächst aus einer zinslosen Geldeinlage, die bei erfolgreicher Budgetkonsolidierung zurückgezahlt wird. Wenn das betroffene Land nach zwei Jahren noch immer das Limit verfehlt, wird die Einlage in eine Geldbuße umgewandelt.

BUDGETSALDO UND VERSCHULDUNG DES GESAMTSTAATES 2002

jeweils in % des BIP | Quelle: BMF – www.bmf.gv.at

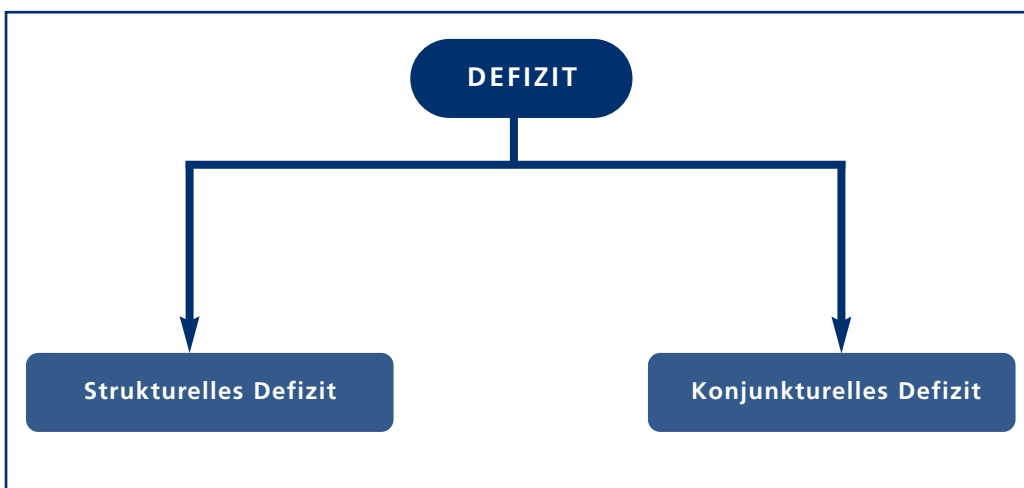
Land	Budgetsaldo	Verschuldung
Belgien	0,1	105,30
Deutschland	-3,6	60,80
Finnland	4,7	42,70
Frankreich	-3,1	59,10
Griechenland	-1,2	104,90
Irland	-0,1	33,30
Italien	-2,3	106,70
Luxemburg	2,6	5,30
Niederlande	-1,1	52,60
Österreich	-0,2	67,30
Portugal	-2,7	58,10
Spanien	-0,1	54,00

+ = Überschuss
 - = Defizit

Man sieht, dass Österreich beim Budgetdefizit die Kriterien erfüllt, bei der Staatsverschuldung aber noch einigen Nachholbedarf hat.

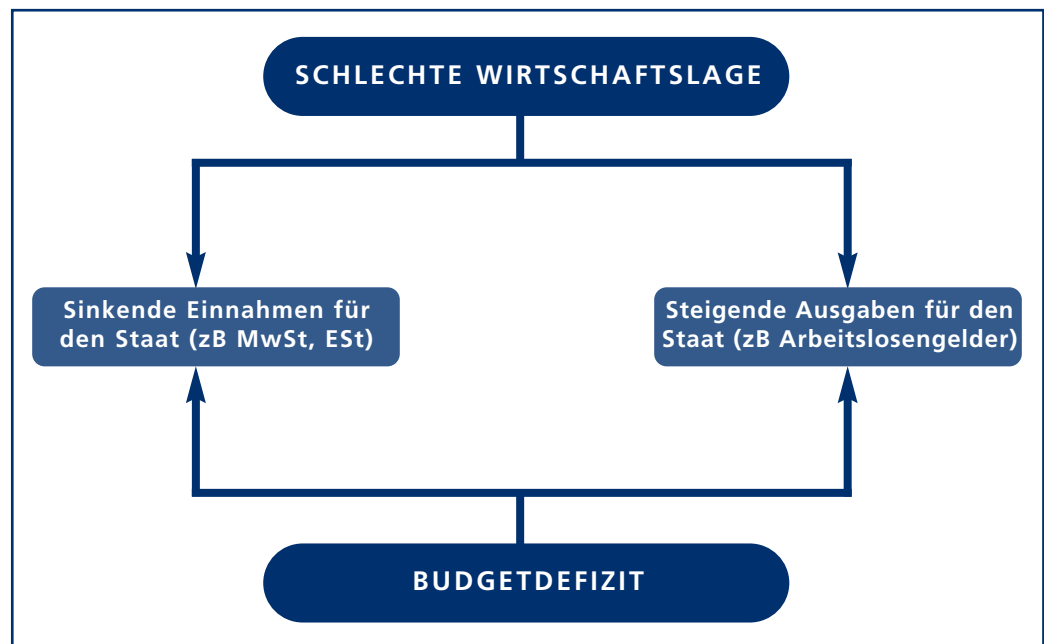
Die EU-Konvergenzkriterien, vor allem das Defizitkriterium, sind derzeit heftig umstritten. Zum einen ist die Defizitgrenze von 3 % völlig willkürlich gewählt, zum anderen unterscheidet es nicht zwischen „guten“ und „schlechten“ Schulden.

Budgetdefizit ist nämlich nicht gleich Budgetdefizit:



Beim strukturellen Defizit lebt der Staat einfach über seine Verhältnisse, selbst bei normaler Konjunktur reichen die Einnahmen nicht aus, um die Ausgaben zu finanzieren. Der Haushalt ist chronisch defizitär. Das ist das schlechte Defizit.

Ein konjunkturelles Defizit entsteht dagegen nur, wenn die wirtschaftliche Lage schlecht ist. Dann fehlen dem Staat plötzlich erwartete Einnahmen (zB aus der Mehrwertsteuer, weil weniger gekauft wird), auf der anderen Seite hat er unerwartete Ausgaben (zB durch höhere Arbeitslosenunterstützungen, weil mehr Menschen arbeitslos sind).



prozyklisch
antizyklisch

Wenn der Staat in einer solchen Situation mit Steuererhöhungen und Ausgabensenkungen reagiert, würde er die Konjunktur noch weiter verschlechtern, er würde **prozyklisch** reagieren. Gefordert wäre in dieser Situation aber eher ein **antizyklisches** Verhalten des Staates, wie wir es in Kapitel 1 kennen gelernt haben.

Wie jüngste Beispiele zeigen, ist das aber vielen Ländern nicht möglich, weil sie sonst das Budgetkriterium überschreiten. Damit werden Konjunkturkrisen sinnlos verschärft, insbesondere, wenn weit und breit keine Inflationsgefahr zu sehen ist.

Es wäre wohl sinnvoller, den Begriff Defizit im Sinne der EU-Kriterien als strukturelles Defizit zu interpretieren und nur auf dieses mit strengen Sanktionen zu reagieren.

Ein konjunkturelles Defizit sollte ausgenommen bleiben. Das würde den konjunkturpolitischen Spielraum der einzelnen Staaten erhalten.

1.7 Zusammenfassung

Zum Abschluss fassen wir die wichtigsten Begriffe dieses Kapitels noch einmal zusammen:

BEGRIFF	BEDEUTUNG
ABGABEN	Unter Abgaben versteht man die Summe aus Steuern, Beiträgen und Gebühren.
ABGABENQUOTE	Die Abgabenquote gibt das Verhältnis der Summe der Steuern, Beiträge und Gebühren zum BIP an und ist ein Maß für die Belastung der Wirtschaft und der Bevölkerung durch diese Abgaben.
AUFGABEN DES STAATES	Man unterscheidet drei Staatsfunktionen. <ul style="list-style-type: none"> • Im Rahmen der Allokationsfunktion sorgt der Staat für Leistungen, die der Markt nicht oder nicht in gesellschaftlich gewünschter Weise zur Verfügung stellt. • Im Rahmen der Verteilungsfunktion verteilt der Staat das am Markt entstandene Einkommen nach sozialen oder wirtschaftlichen Überlegungen um. • Im Rahmen der Stabilisierungsfunktion versucht der Staat stabilisierend in den Wirtschaftskreislauf einzugreifen.
BEITRÄGE UND GEBÜHREN	Im Gegensatz zu Steuern sind Beiträge und Gebühren Leistungen an den Staat, denen eine bestimmte Gegenleistung des Staates gegenübersteht.
BRUTTODEFIZIT	Das Bruttodefizit ergibt sich aus der Differenz von Ausgaben einschließlich Tilgungen und den Einnahmen. Das Bruttodefizit gibt an, in welcher Höhe der Staat neue Kredite aufnehmen muss.
BUDGET	Ein Budget (Voranschlag, Haushaltsplan) ist die Gegenüberstellung der geplanten Einnahmen und Ausgaben einer Periode.
BUDGETDEFIZIT	Von einem Budgetdefizit spricht man, wenn die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Wenn man allgemein von einem Budgetdefizit spricht, ist meistens das Nettodefizit gemeint. Wenn die Einnahmen die Ausgaben übersteigen, spricht man von einem Budgetüberschuss.



BEGRIFF	BEDEUTUNG
MEHRWERTSTEUER	Die Mehrwertsteuer wird auf den Verbrauch von fast allen Gütern und Dienstleistungen erhoben. Sie ist die zurzeit ergiebigste Steuer für den Staat.
NETTODEFIZIT	Das Nettodefizit ist die Differenz von Einnahmen und Ausgaben ohne Berücksichtigung der Tilgungen für die Staatsschuld. Das Nettodefizit ist gleich der Neuverschuldung eines Staates in einer Periode, d.h., um die Höhe des Nettodefizits wachsen die Staatsschulden.
RECHNUNGS-ABSCHLUSS	Ein Rechnungsabschluss ist die Gegenüberstellung der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben einer Periode und ist eine Betrachtung der Ausgaben und Einnahmen im Nachhinein.
SCHULDENDIENST	Unter Schuldendienst versteht man die Aufwendungen des Staates für die Staatsschuld, nämlich die Tilgungen und die Zinsen.
STAAT	Unter dem Staat versteht man alle Institutionen, die Leistungen für die Öffentlichkeit erbringen und sich hauptsächlich über Zwangsbeiträge finanzieren. Die wichtigsten sind Bund, Länder und Gemeinden sowie die Sozialversicherungsträger.
STAATSQUOTE	Die Staatsquote ist der Anteil der Staatsausgaben am BIP und ist ein Maß für den Einfluss des Staates auf die Wirtschaft. In Österreich beträgt die Staatsquote zurzeit mehr als 50 %.
STAATS-VERSCHULDUNG	Unter der Staatsverschuldung versteht man die Kreditaufnahmen der Vergangenheit abzüglich der Tilgungen.
STEUERN	Steuern sind staatliche Zwangsabgaben, denen keine direkte Gegenleistung gegenübersteht.
STEUER-PROGRESSION	Unter der Steuerprogression versteht man die Steigerung des Steuersatzes mit steigendem Einkommen.
STRUKTURELLES DEFIZIT	Unter einem strukturellen Defizit versteht man ein Defizit, das auch bei normaler Konjunkturlage entsteht.
TRANSFER-ZAHLUNGEN	Transferzahlungen (Transfers) sind Leistungen des Staates an private Haushalte und Unternehmungen ohne spezielle Gegenleistung.

2 ARBEITSBLÄTTER UND LERNKONTROLLEN

Im folgenden Kapitel finden Sie Arbeitsaufgaben zu den vorher besprochenen Themenbereichen. Diese sollen den Schülern eine Möglichkeit bieten, die besprochenen Inhalte zu festigen bzw. praktisch anzuwenden.

Zur Erarbeitung dieser Arbeitsaufgaben sind teilweise zusätzliche Recherchen notwendig. Die dafür notwendigen Internetadressen bzw. das dafür notwendige Informationsmaterial finden Sie im Kapitel 4 Tipps und Links.

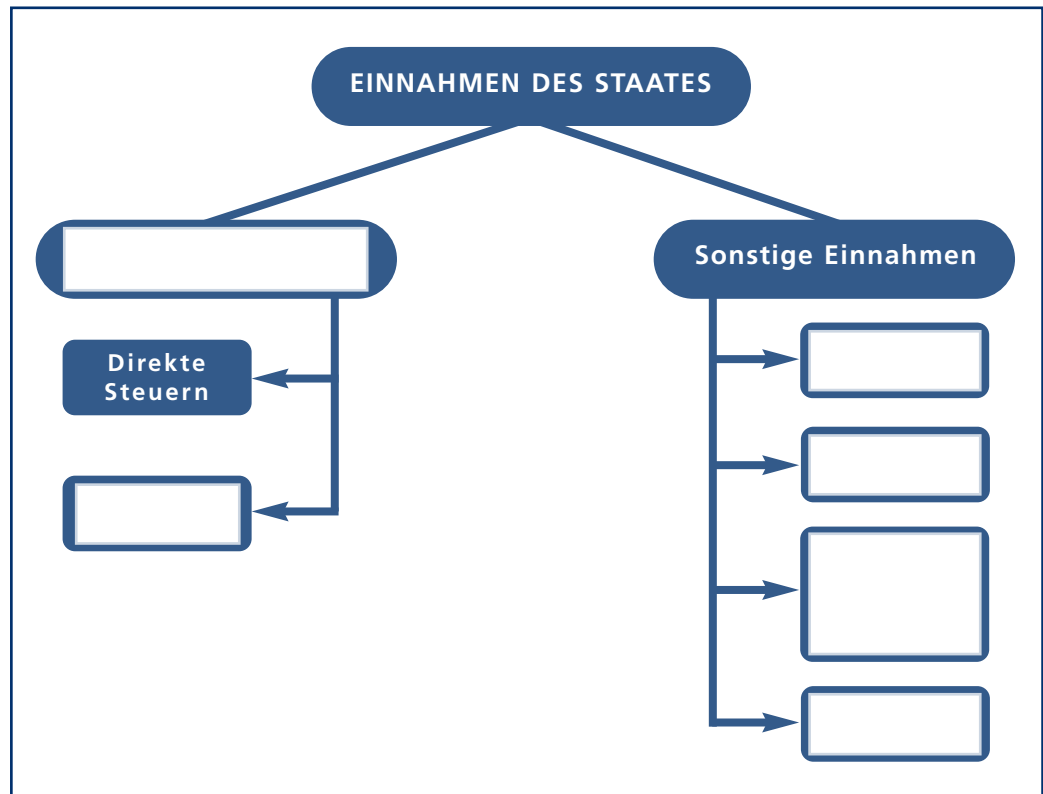
Die Arbeitsblätter sind nach den jeweiligen Themenbereichen zusammengestellt und hauptsächlich anwendungs- und problemorientiert.

Die Lernkontrollen sollen dem Schüler eine Überprüfung seines Wissens ermöglichen. Sie sind vor allem dann relevant, wenn Teile des Lernstoffes im Selbststudium erarbeitet werden sollen.



ARBEITSBLATT 1 – Steuern und Abgaben

1. Ergänzen Sie die unten stehende Grafik:



2. Berechnung der Einkommenssteuer und Steuerprogression

Das steuerpflichtige Einkommen zweier Personen beträgt 10.000 € bzw. 25.000 €.

Berechnen Sie mit Hilfe der Grafik der Einkommenssteuersätze in der Unterlage die Einkommenssteuer, die beide zu zahlen haben.

Wie viel % des jeweiligen steuerpflichtigen Einkommens macht die Steuer aus?

Wie hoch sind die Grenzsteuersätze?

ARBEITSBLATT 2 – Budget

1. Die folgende Grafik zeigt das Budget des Bundes (Bundesvoranschlag) 2004, das am 18. Juni 2003 vom Nationalrat beschlossen wurde:

Quelle: BMF – www.bmf.gv.at

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Vorl. Ergebnis 2002	BVA 2002	Vorl. Ergebnis 2002	BVA 2002	Vorl. Ergebnis 2002	BVA 2002
Ausgaben	61.803	59.374	34.697	41.839	96.500	101.213
Einnahmen	59.413	58.546	37.087	42.667	96.500	101.213
Abgang	2.390	828				
Überschuss			2.390	828		
BVA = Bundesvoranschlag			Beträge in Millionen Euro			

Beantworten Sie dazu folgende Fragen:

- Wie hoch ist das Bruttodefizit 2004?
- Wie hoch ist das Nettodefizit im Budget 2004?
- Wie hoch sind die Tilgungen alter Schulden?

ARBEITSBLATT 3 – Konvergenzkriterien

1. Die zwölf EU-Staaten, die an der Euro-Währung teilnehmen, haben sich zur Einhaltung strenger Kriterien für die Budgeterstellung verpflichtet.
 - a. Wie lauten diese Kriterien?
 - b. Und was ist der Zweck dieser Kriterien?

2. Die folgende Abbildung zeigt für die Teilnehmerländer an der Euro-Währung jeweils das öffentliche Defizit und die öffentliche Verschuldung 2002 in % des Bruttoinlandsproduktes. Kreuzen Sie die Länder an, die das jeweilige EU-Kriterium erfüllen.

Land	Öffentliches Defizit	Öffentliche Verschuldung
Belgien	0,1 <input type="checkbox"/>	105,30 <input type="checkbox"/>
Deutschland	-3,6 <input type="checkbox"/>	60,80 <input type="checkbox"/>
Finnland	4,7 <input type="checkbox"/>	42,70 <input type="checkbox"/>
Frankreich	-3,1 <input type="checkbox"/>	59,10 <input type="checkbox"/>
Griechenland	-1,2 <input type="checkbox"/>	104,90 <input type="checkbox"/>
Irland	-0,1 <input type="checkbox"/>	33,30 <input type="checkbox"/>
Italien	-2,3 <input type="checkbox"/>	106,70 <input type="checkbox"/>
Luxemburg	2,6 <input type="checkbox"/>	5,30 <input type="checkbox"/>
Niederlande	-1,1 <input type="checkbox"/>	52,60 <input type="checkbox"/>
Österreich	-0,2 <input type="checkbox"/>	67,30 <input type="checkbox"/>
Portugal	-2,7 <input type="checkbox"/>	58,10 <input type="checkbox"/>
Spanien	-0,1 <input type="checkbox"/>	54,00 <input type="checkbox"/>

ARBEITSBLATT 4 – Steuerquote

1. Dieser Slogan findet sich zurzeit auf der Startseite des Bundesministeriums für Finanzen.

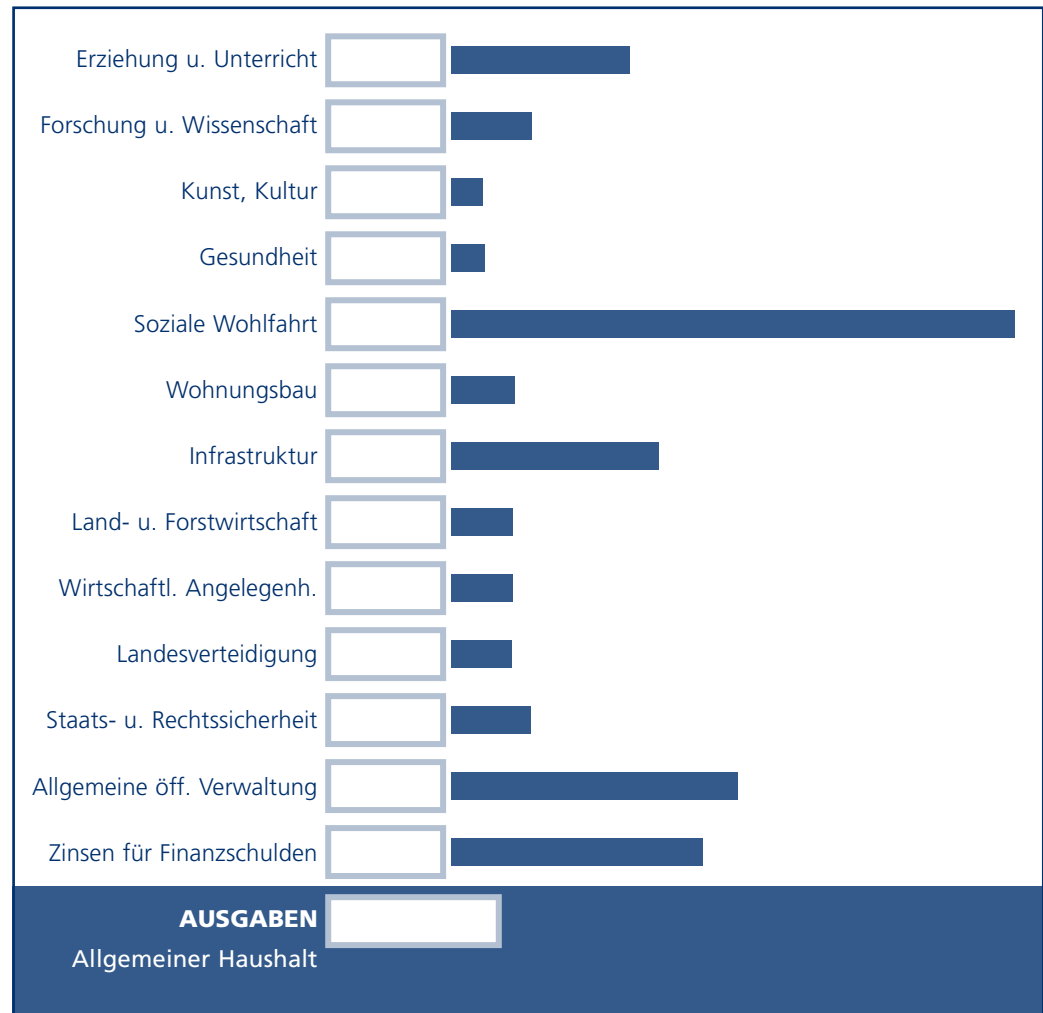
**Senkung der Steuerquote
unter 40% bis 2010!
Wir haben Zukunft!**

Hinweis: Damit ist wahrscheinlich die Abgabenquote gemeint.

- a. Wie hoch ist die aktuelle Abgabenquote?
- b. Worauf beziehen sich diese 40 %?
- c. Welche Wirkungen könnte es haben, wenn die Steuerquote auf unter 40 % sinkt?

ARBEITSBLATT 5 – Staatsausgaben

1. Ermitteln Sie die Zahlen des letzten verfügbaren Budgets und setzen Sie sie in unten stehende Grafik ein.



2. Versuchen Sie herauszufinden, was in den einzelnen Ausgabenpositionen die wichtigsten Einzelposten sind.

LERNKONTROLLE – Budget und Staatshaushalt

AUSSAGE	RICHTIG	FALSCH
Die Einkommenssteuer ist eine direkte Steuer.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Steuern sind Zwangsabgaben, denen keine direkte Gegenleistung gegenübersteht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei direkten Steuern sind Steuerzahler und Steuerträger nicht identisch.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unter Steuerprogression versteht man ein besonders fortschrittliches Steuereinhebungsverfahren.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unter dem Grenzsteuersatz versteht man eine Abgabe auf die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beiträgen und Gebühren, die der Staat einhebt, steht eine direkte Gegenleistung gegenüber.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen Lohnsteuer bezahlen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Mehrwertsteuer wird auf den Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen erhoben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Den staatlichen Einrichtungen ist es gesetzlich untersagt, Kredite bei Banken aufzunehmen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ein Budget (Voranschlag) ist eine Gegenüberstellung der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben eines Jahres.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ein Budget weist einen Überschuss auf, wenn die Einnahmen größer sind als die Ausgaben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wenn ein Staat ein Nulldefizit erreicht, heißt das, dass er keine Schulden mehr hat.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Nettodefizit gibt an, in welchem Ausmaß die Staatsschulden zunehmen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Bruttodefizit gibt an, in welchem Ausmaß der Staat neue Kredite aufnehmen muss.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

LERNKONTROLLE – Budget und Staatshaushalt

AUSSAGE	RICHTIG	FALSCH
Die Staatsverschuldung ist die Summe der Bruttodefizite der vergangenen Jahre.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Maßgeblich für die Berechnung der Maastricht-Kriterien sind nur das Defizit und die Verschuldung des Bundes.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Maastricht-Kriterien gelten für alle Länder der EU.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die für die Budgeterstellung entscheidenden EU-Konvergenzkriterien sind das höchstzulässige Haushaltsdefizit und die höchstzulässige Verschuldung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die höchstzulässige Staatsverschuldung laut EU-Konvergenzkriterien beträgt 50 % des BIP.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das höchstzulässige Defizit laut EU-Konvergenzkriterien beträgt 3 % des BIP.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Transferzahlungen des Staates sind an eine Gegenleistung gebunden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die primäre Einkommensverteilung ergibt sich auf dem Markt, ohne dass der Staat eingreift.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unter vertikaler Umverteilung versteht man eine Umverteilung von Menschen mit hohem Einkommen zu solchen mit niedrigem Einkommen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eine progressiv gestaffelte Einkommenssteuer ist ein Mittel zur Einkommensumverteilung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Transferleistungen haben keinen Einkommensumverteilungseffekt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Transferleistungen machen einen relativ geringen Teil der gesamten Ausgaben des Bundes aus.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3 WEITERFÜHRENDE DIDAKTISCHE ANREGUNGEN

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Im Folgenden finden Sie weitere unterrichtspraktische Anregungen, die Sie zusätzlich im Unterricht umsetzen können. Sie sind nicht nur als Vertiefung der Inhalte des Unternehmerführerscheins anzusehen, sondern eignen sich auch zum Einsatz in weiteren Bereichen des Unterrichts.

Bei projektorientierten, kreativen und handlungsorientierten Aufgabenstellungen sind von den Schülern Vorleistungen außerhalb der Unterrichtszeit zu erbringen.

Workshopunterricht

Die Inhalte einzelner Themenbereiche können den Schülern im Rahmen eines Workshopunterrichts näher gebracht werden. Dabei werden einzelne Arbeitsgruppen gebildet, welche die jeweiligen Aufgabenstellungen möglichst selbstständig ausarbeiten.

Als Hilfestellung dient den Schülern dabei das Schülerhandbuch bzw. können sie aktuelle Daten im Internet recherchieren.

Die Grundlagen von BIP und Konjunktur sollten mit den Schülern vor der Workshopdurchführung besprochen worden sein.

Die Aufgabe des Lehrers liegt in der aktiven Unterstützung und Hilfestellung der einzelnen Arbeitsgruppen.

Die Ergebnisse der Ausarbeitungen sollen von den Schülern aufbereitet und präsentiert werden (OH-Folien, Flip-Chart, PowerPoint-Präsentation etc.).

Am Ende eines Workshops können die Ergebnisse in der Klasse diskutiert und die Themenbereiche nochmals besprochen werden.

Folgende Workshops können beispielsweise gebildet werden:

Workshop 1: Privates Budget

Workshop 2: Umfang der Staatstätigkeit

Workshop 3: Lehrplakat Staatsverschuldung

Im Folgenden finden Sie Arbeitsanweisungen für die Schüler zu den einzelnen Workshops.

WORKSHOP 1 – Privates Budget

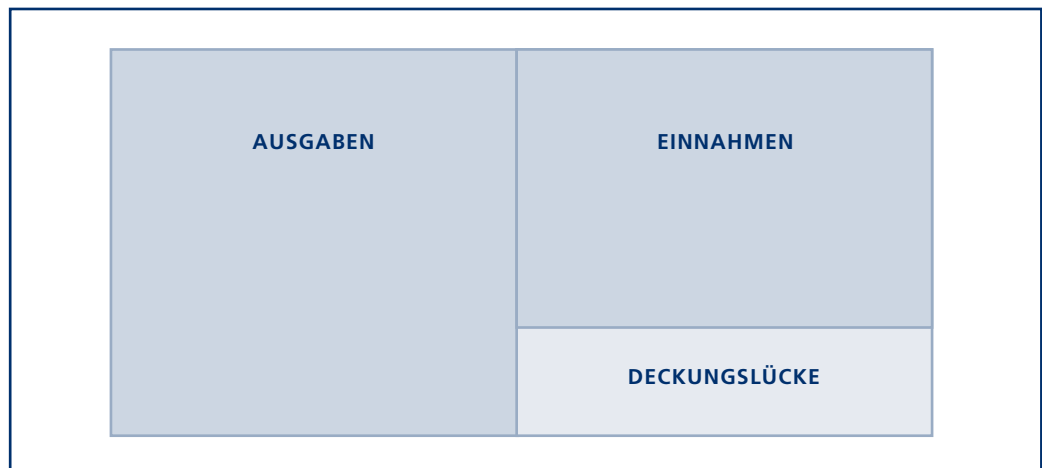
Versuchen Sie die folgende Aufgabenstellung möglichst **selbstständig** in der Gruppe zu lösen:

Erstellen Sie Ihr privates Budget für das nächste Monat:

1. Machen Sie zuerst eine Liste mit den geplanten Ausgaben. Denken Sie an alles, was an Ausgaben auf Sie zukommen könnte.

Erstellen Sie anschließend eine Liste mit den zu erwartenden Einnahmen.

Stellen Sie in einem 3. Schritt die Einnahmen den Ausgaben gegenüber, etwa nach diesem Schema:



2. Überlegen Sie sich nun Folgendes:

Was können Sie tun, wenn die Ausgaben die Einnahmen übersteigen?

Machen Sie eine Liste der möglichen Maßnahmen.

Was können Sie tun, wenn die Einnahmen die Ausgaben übersteigen?

Was können Sie mit dem Überschuss machen?

3. Versuchen Sie nun, die Lösungsmöglichkeiten, die Sie gefunden haben, auf ein Staatsbudget zu übertragen. Kann der Staat Ihre Lösungen für zB das Defizitproblem übernehmen? Hat er darüber hinaus noch Möglichkeiten?

Was fällt dem Staat leichter als Ihnen?

Präsentieren Sie anschließend die Ergebnisse in der Klasse und **diskutieren** Sie darüber.

WORKSHOP 2 – Umfang der Staatstätigkeit

Versuchen Sie die folgende Aufgabenstellung möglichst **selbstständig** in der Gruppe zu lösen:

Überlegen Sie, bei welcher Gelegenheit Sie mit dem Staat zu tun haben. Bei welcher Gelegenheit nehmen Sie Leistungen des Staates in Anspruch? (Ein Beispiel könnte Ihre Schule sein.)

Erstellen Sie eine Liste mit den Ergebnissen Ihrer Überlegungen.

Wenn Sie damit fertig sind, machen Sie sich Gedanken zu folgenden Fragen:

1. Müssen alle diese Leistungen vom Staat erbracht werden, oder ist es auch möglich, dass dies von privaten Unternehmen geleistet wird?
2. Was ist der Unterschied in der Tätigkeit eines Richters oder Polizisten und der Tätigkeit der Müllabfuhr?
3. Ist es vorstellbar, dass das gesamte Gesundheitswesen von Privaten übernommen wird? Was wären die Vor- und Nachteile?
4. Und wie schaut es mit dem Bildungswesen aus, mit Schulen und Universitäten?
5. Kennen Sie Beispiele?
6. Überlegen Sie ganz allgemein, welche Leistungen besser vom Staat und welche besser von Privaten erbracht werden.

Präsentieren Sie anschließend die Ergebnisse in der Klasse und **diskutieren** Sie darüber.

WORKSHOP 3 – Lehrplakat Staatsverschuldung

Versuchen Sie die folgende Aufgabenstellung möglichst **selbstständig** in der Gruppe zu lösen:

Erstellen Sie (möglichst kreativ) ein Plakat, das die Situation der österreichischen Staatsverschuldung darstellt.

Inhalt des Plakates könnten beispielsweise folgende Punkte sein:

- Pro-Kopf-Verschuldung
- Die Entwicklung der Staatsfinanzen über einen größeren Zeitraum (etwa ab 1970)
- Internationale Vergleiche
- Beim wem ist der Staat eigentlich verschuldet?
- Steuerquote
- Abgabenquote
- Vergleiche der Zinsen für die Staatsschuld mit den Ausgaben für andere wichtige Ausgabenpositionen im Budget

Überlegen Sie sich anschließend, welche Folgen eine ständig wachsende Staatsschuld hat.

Präsentieren Sie das Plakat in der Klasse und **diskutieren** Sie die Ergebnisse.

Arbeitshinweis: Achten Sie bei der Ermittlung der Daten darauf, ob es sich bei der Verschuldung um die Verschuldung des Gesamtstaates oder um die Verschuldung des Bundes handelt.

Achten Sie darauf, dass es sich um aktuelle Daten handelt.

Die für die Erstellung des Plakates nötigen Daten findet man

bei der Statistik Austria (www.statistik.at),

beim Bundesministerium für Finanzen (www.bmf.gv.at),

bei der Oesterreichischen Nationalbank (www.oenb.co.at)

oder bei der Wirtschaftskammer Österreich (<http://wko.at>).

4 TIPPS UND LINKS

Erste Adresse zum Thema Steuern, Budget und Staatsverschuldung ist natürlich das Bundesministerium für Finanzen

www.bmf.gv.at

Dort gibt es neben allen Zahlen auch weiterführende Informationen. Wenn man etwas tiefer ins Thema einsteigen will, ist es durchaus lohnend, sich einmal einen Budgetbericht herunterzuladen.

Ebenfalls nur zur Vertiefung geeignet sind die Informationen auf der Homepage des Staatsschuldenausschusses

www.staatsschuldenausschuss.at

Weniger Text, aber viele Zahlen gibt's von der Statistik Austria

www.statistik.at

von der Oesterreichischen Nationalbank

www.oenb.co.at

der Wirtschaftskammer Österreich

<http://wko.at>

und dem Wirtschaftsforschungsinstitut

www.wifo.at

Unter www.handelsakademie.at

findet sich eine Menge Unterrichtsmaterial zum Thema Volkswirtschaftslehre, u.a. auch zu Budget und Staatshaushalt.

Das Thema Budget wird auch in den Medien häufig behandelt. Es lohnt sich, interessante Artikel laufend herunterzuladen, weil die Suche in den Archiven durchaus mühsam sein kann und man nicht immer fündig wird (zumindest nicht kostenlos).

www.derstandard.at

www.diepresse.at

www.orf.at

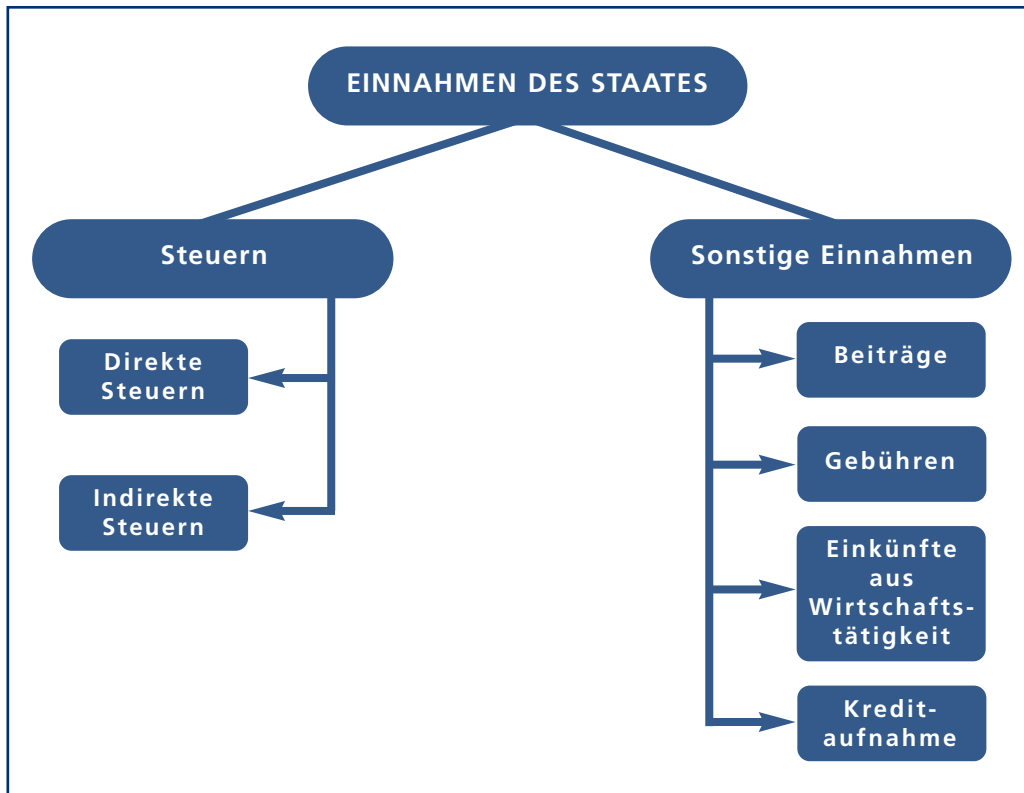
5 FOLIEN

1. Die wichtigsten Steuern
2. Ausgaben des Staates 1
3. Ausgaben des Staates 2
4. Steuern
5. Einkommenssteuersätze
6. Staatsaufgaben
7. Brutto- und Nettodefizit
8. Finanzschuld des Bundes
9. Schuldendienst des Bundes

6 LÖSUNGEN

LÖSUNG ZU ARBEITSBLATT 1: Steuern und Abgaben

1. Ergänzen Sie die folgende Grafik:



2. Berechnung der Einkommenssteuer und Steuerprogression

Das steuerpflichtige Einkommen zweier Personen beträgt 10.000 € bzw. 25.000 €.

Berechnen Sie mit Hilfe der Grafik der Einkommenssteuersätze in der Unterlage die Einkommenssteuer, die beide zu zahlen haben.

Wie viel % des jeweiligen steuerpflichtigen Einkommens macht die Steuer aus?

Wie hoch sind die Grenzsteuersätze?

Lösung:

Bei einem Einkommen von 10.000 € sind 1608,6 € zu zahlen, das sind 16,09 %. Grenzsteuersatz ist 31 %.

Bei einem Einkommen von 25.000 € sind 6578,6 € zu zahlen, das sind 26,31 %. Grenzsteuersatz ist 41 %.

Der prozentuelle Unterschied ist Ergebnis der Steuerprogression.

LÖSUNG ZU ARBEITSBLATT 2: Budget

1. Die folgende Grafik zeigt das Budget des Bundes (Bundesvoranschlag) 2004, das am 18. Juni 2003 vom Nationalrat beschlossen wurde:

Quelle: BMF – www.bmf.gv.at

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Varl. Ergebnis 2002	BVA 2002	Varl. Ergebnis 2002	BVA 2002	Varl. Ergebnis 2002	BVA 2002
Ausgaben	61.803	59.374	34.697	41.839	96.500	101.213
Einnahmen	59.413	58.546	37.087	42.667	96.500	101.213
Abgang	2.390	828				
Überschuss			2.390	828		
		BVA = Bundesvoranschlag			Beträge in Millionen Euro	

Beantworten Sie dazu folgende Fragen:

- Wie hoch ist das Bruttodefizit 2004?
- Wie hoch ist das Nettodefizit im Budget 2004?
- Wie hoch sind die Tilgungen alter Schulden?

Lösung:

- Das Bruttodefizit gibt an, in welcher Höhe neue Kredite aufgenommen werden mussten. In diesem Fall waren es 54.423 Mio. €.
- Das Nettodefizit ist das Defizit des allgemeinen Haushalts und beträgt 3.430 Mio. €.
- Insgesamt wurden 50.993 Mio. € an Schulden zurückgezahlt, das sind die Ausgaben des Ausgleichshaushaltes.

LÖSUNG ZU ARBEITSBLATT 3 – Konvergenzkriterien

1. Die zwölf EU-Staaten, die an der Euro-Währung teilnehmen, haben sich zur Einhaltung strenger Kriterien für die Budgeterstellung verpflichtet.

a. Wie lauten diese Kriterien?

b. Und was ist der Zweck dieser Kriterien?

Lösung:

a. Nettodefizit höchstens 3 % des BIP, Staatsverschuldung höchstens 60 % des BIP.

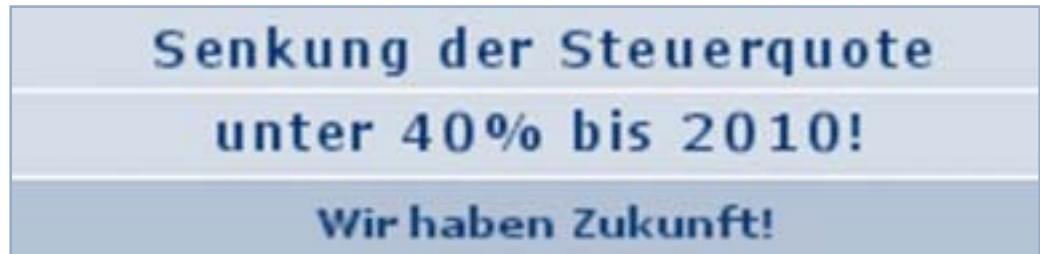
b. Zweck der Konvergenzkriterien ist es, den Wert des Euro zu erhalten.

2. Die folgende Abbildung zeigt für die Teilnehmerländer an der Euro-Währung jeweils das öffentliche Defizit und die öffentliche Verschuldung 2002 in % des Bruttoinlandsproduktes. Kreuzen Sie die Länder an, die das jeweilige EU-Kriterium erfüllen.

Land	Öffentliches Defizit	Öffentliche Verschuldung
Belgien	0,1 <input checked="" type="checkbox"/>	105,30 <input type="checkbox"/>
Deutschland	-3,6 <input type="checkbox"/>	60,80 <input type="checkbox"/>
Finnland	4,7 <input checked="" type="checkbox"/>	42,70 <input checked="" type="checkbox"/>
Frankreich	-3,1 <input type="checkbox"/>	59,10 <input checked="" type="checkbox"/>
Griechenland	-1,2 <input checked="" type="checkbox"/>	104,90 <input type="checkbox"/>
Irland	-0,1 <input checked="" type="checkbox"/>	33,30 <input checked="" type="checkbox"/>
Italien	-2,3 <input checked="" type="checkbox"/>	106,70 <input type="checkbox"/>
Luxemburg	2,6 <input checked="" type="checkbox"/>	5,30 <input checked="" type="checkbox"/>
Niederlande	-1,1 <input checked="" type="checkbox"/>	52,60 <input checked="" type="checkbox"/>
Österreich	-0,2 <input checked="" type="checkbox"/>	67,30 <input type="checkbox"/>
Portugal	-2,7 <input checked="" type="checkbox"/>	58,10 <input checked="" type="checkbox"/>
Spanien	-0,1 <input checked="" type="checkbox"/>	54,00 <input checked="" type="checkbox"/>

LÖSUNG ZU ARBEITSBLATT 4 – Steuerquote

1. Dieser Slogan findet sich zurzeit auf der Startseite des Bundesministeriums für Finanzen.



Hinweis: Damit ist wahrscheinlich die Abgabenquote gemeint.

- a. Wie hoch ist die aktuelle Abgabenquote?
- b. Worauf beziehen sich diese 40 %?
- c. Welche Wirkungen könnte es haben, wenn die Steuerquote auf unter 40 % sinkt?

Lösung:

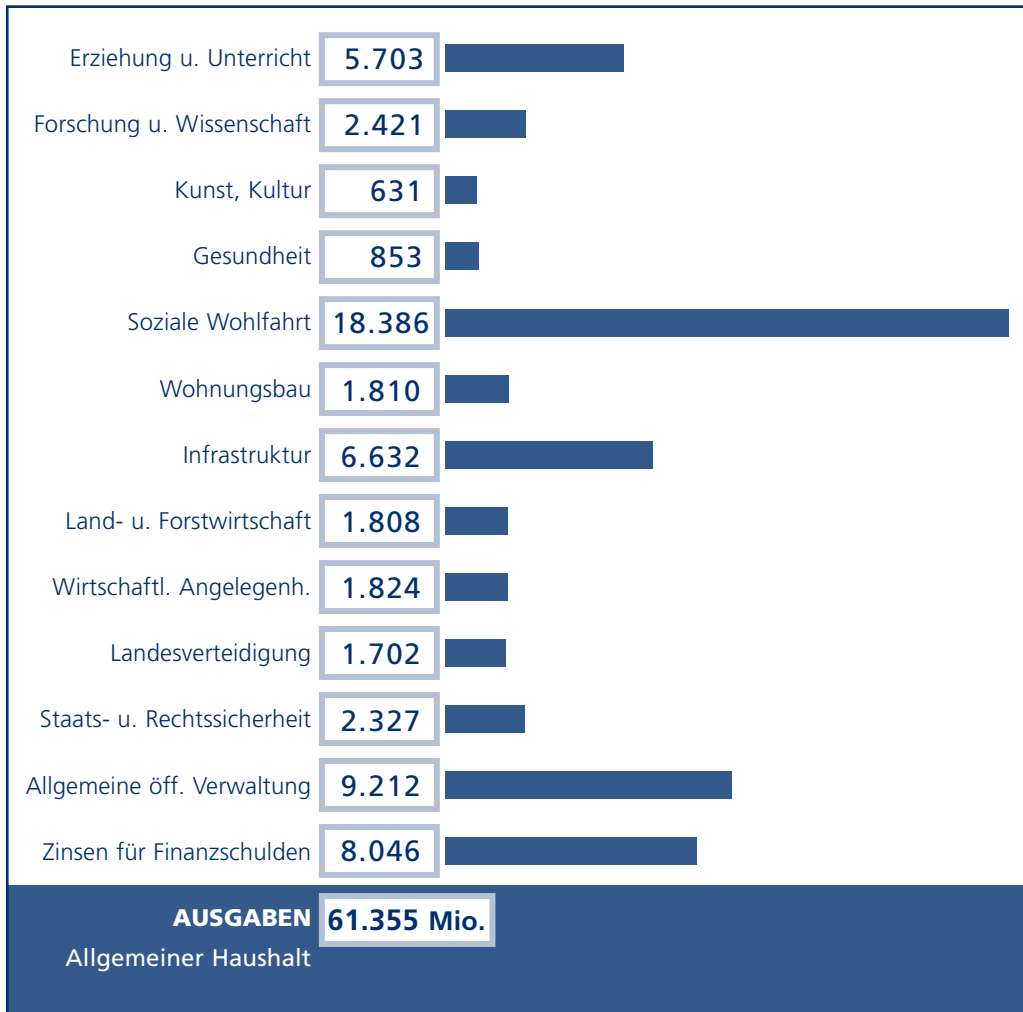
- a. Die aktuelle Abgabenquote (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge im Verhältnis zum BIP) liegt 2002 bei 44,6 %.
- b. Auf das BIP.
- c. Eine Senkung der Abgabenquote bedeutet zunächst, dass wir weniger Steuern und Abgaben entrichten müssen und mehr Geld in unseren Taschen haben.

Es bedeutet aber auch, dass der Staat weniger Geld für seine Leistungen zur Verfügung hat. Entscheidend wird sein, welche Leistungen der Staat kürzen wird.

ARBEITSBLATT 5 – Staatsausgaben

1. Ermitteln Sie die Zahlen des letzten verfügbaren Budgets und setzen Sie sie in unten stehende Grafik ein.

Lösung für das Budget 2003



2. Überlegen Sie, was in den einzelnen Ausgabenpositionen die wichtigsten Einzelposten sind.

Individuelle Lösung:

Genaue Gliederung der Positionen unter
www.bmf.gv.at/budget/dateien/aus.funkt.93-02.pdf

LÖSUNG LERNKONTROLLE – Budget und Staatshaushalt

AUSSAGE	RICHTIG	FALSCH
Die Einkommenssteuer ist eine direkte Steuer.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Steuern sind Zwangsabgaben, denen keine direkte Gegenleistung gegenübersteht.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei direkten Steuern sind Steuerzahler und Steuerträger nicht identisch.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Unter Steuerprogression versteht man ein besonders fortschrittliches Steuereinhebungsverfahren.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Unter dem Grenzsteuersatz versteht man eine Abgabe auf die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Beiträgen und Gebühren, die der Staat einhebt, steht eine direkte Gegenleistung gegenüber.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen Lohnsteuer bezahlen.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Mehrwertsteuer wird auf den Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen eingehoben.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Den staatlichen Einrichtungen ist es gesetzlich untersagt, Kredite bei Banken aufzunehmen.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Ein Budget (Voranschlag) ist eine Gegenüberstellung der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben eines Jahres.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Ein Budget weist einen Überschuss auf, wenn die Einnahmen größer sind als die Ausgaben.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wenn ein Staat ein Nulldefizit erreicht, heißt das, dass er keine Schulden mehr hat.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Das Nettodefizit gibt an, in welchem Ausmaß die Staatsschulden zunehmen.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Bruttodefizit gibt an, in welchem Ausmaß der Staat neue Kredite aufnehmen muss.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

LÖSUNG LERNKONTROLLE – Budget und Staatshaushalt

AUSSAGE	RICHTIG	FALSCH
Die Staatsverschuldung ist die Summe der Bruttodefizite der vergangenen Jahre.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Maßgeblich für die Berechnung der Maastricht-Kriterien sind nur das Defizit und die Verschuldung des Bundes.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die Maastricht-Kriterien gelten für alle Länder der EU.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die für die Budgeterstellung entscheidenden EU-Konvergenzkriterien sind das höchstzulässige Haushaltsdefizit und die höchstzulässige Verschuldung.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die höchstzulässige Staatsverschuldung laut EU-Konvergenzkriterien beträgt 50 % des BIP.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Das höchstzulässige Defizit laut EU Konvergenzkriterien beträgt 3 % des BIP.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Transferzahlungen des Staates sind an eine Gegenleistung gebunden.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die primäre Einkommensverteilung ergibt sich auf dem Markt, ohne dass der Staat eingreift.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unter vertikaler Umverteilung versteht man eine Umverteilung von Menschen mit hohem Einkommen zu solchen mit niedrigem Einkommen.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eine progressiv gestaffelte Einkommenssteuer ist ein Mittel zur Einkommensumverteilung.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Transferleistungen haben keinen Einkommensumverteilungseffekt.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Transferleistungen machen einen relativ geringen Teil der gesamten Ausgaben des Bundes aus.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>